



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 25. Mai 2020**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

42. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 18.00 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 41. Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2020 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila	DI. Gunter Haydinger	Christiane Kroiß
Mark Paulusberger	Elke Ruetz	Dietmar Marehard
Egon Schatzmann	Ralph Schäfer, BSc	Ronald Schiefermayr
Ingo Spindler	Olivera Stojanovic, BSc	Georg Taitl
Sandra Wohlschlager		

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):
Klaus Hoflehner Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat	Stefan Ganzert	Mag. Bernhard Humer
Mag. Daniela Schindler	Laurien Scheinecker, BA	KR. Karl Schönberger
Mag. Klaus Schinninger	Barbara Wildfellner	Christian Kittenbaumer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):
Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar	Stefan Haböck	Augustine Hacker
Andreas Weidinger	Markus Wiesinger	Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:
MMag. Stefanie Rumersdorfer Mag. Peter Sönser Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:
Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 14. Mai 2020 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
Verf-015-W-23-2019

Bgm. Dr. Rabl: Wir haben heute die große Freude und Ehre ein neues Gemeinderatsmitglied anzugeloben, wenngleich ich sagen muss, dass natürlich ein Wehrmutstropfen dabei ist, weil der sehr verdiente und in jeder Hinsicht ausgezeichnete Gemeinderat Mag. Mato Simunovic auf sein Mandat verzichtete. Nach dem Verzicht von GR. Mag. Mato Simunovic wird dessen Mandat im Gemeinderat neu besetzt mit Herrn Mag. Klaus Schinninger, der diese Berufung angenommen hat. Die vorgereichten Ersatzmitglieder Vzbgm. a.D. Hermann Wimmer, StR. Johann Reindl-Schwaighofer, StR. Klaus Hoflehner, LAbg. Petra Müllner, NRAbg. Petra Wimmer, NRAbg. Eva-Maria Holzleitner, Hannah Stöger Müller, Werner Forstinger, Ayfer Sinirtas, Ferdinand Mayerhofer, Samra Micovoda (nunmehr Begovic), Josef Krump, Petra Thallinger, Manuel Egles, Jürgen Hager, Mag. Ulrike Fellinger, Jürgen Handlbauer, Melanie Seyrkammer, Mag. Manfred Sams, Mag. Catrin Wildfellner, Andjelko Topic, Bianca Scherer und Monika Köck haben auf eine Nachberufung verzichtet.

Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche sie daher sich von ihren Plätzen zu erheben.

Zur Angelobung darf ich den Herrn Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel ersuchen.

Magistratsdirektor Dr. Peter Franzmayr liest vor:

„Ich gelobe die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Mag. Klaus Schinninger: Ich gelobe.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr! Herzlich Willkommen als neues Mitglied des Gemeinderates, lieber Klaus. Ich freue mich außerordentlich, dass du jetzt Mitglied in diesem Gremium bist. Wir werden noch Gelegenheit haben die Verdienste des Mag. Mato Simunovic entsprechend zu würdigen.

Ich las es gibt auch eine Veränderung in der Sitzordnung der Fraktion der SPÖ. Lieber Klaus, nimm deinen neuen Platz ein.

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
Verf-015-W-13-2020

Bgm. Dr. Rabl: Aus Anlass des Verzichtes von GR. Mag. Mato Simunovic hat die SPÖ-Gemeinderatsfraktion einen Wahlvorschlag für die Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates eingebracht.

Bei der Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse ist aus formeller Sicht zwischen dem Kontrollausschuss und den sonstigen Ausschüssen zu unterscheiden. Es sind daher zwei Wahlen durchzuführen. Beide Wahlen sind in Fraktionswahl vorzunehmen, stimmberechtigt sind die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion. Die Wahlvorschläge liegen auf. Diese lauten:

Wahlvorschlag für Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse

Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss

GR. Mag. Klaus Schinninger als Mitglied anstelle von GR. Mag. Mato Simunovic

Sozial- und Wohnungsausschuss

GR. Mag. Klaus Schinninger als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Mato Simunovic

Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

GR. Mag. Klaus Schinninger als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Mato Simunovic

Kulturausschuss

GR. Mag. Klaus Schinninger als Mitglied anstelle von GR. Mag. Mato Simunovic

Verkehrsausschuss

GR. Mag. Klaus Schinninger als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Mato Simunovic

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Wahlvorschlag für den Kontrollausschuss

GR. Mag. Klaus Schinninger als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Mato Simunovic

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Nachwahl in den Personalbeirat

DI-PersR-044-2015

Bgm. Dr. Rabl: Aus Anlass des Verzichtes von GR. Mag. Mato Simunovic hat die SPÖ-Gemeinderatsfraktion einen Wahlvorschlag für die Bestellung eines neuen Ersatzmitgliedes des Personalbeirates eingebracht lautend auf GR. Mag. Klaus Schinninger. Diese Bestellung soll mit Beschlussfassung wirksam werden.

Zuständig für die Bestellung ist nach § 20 Abs. 2 Oö. Objektivierungsgesetz 1994 der gesamte Gemeinderat. Es gelten die einfachen Anwesenheits- und Beschlussfassungserfordernisse nach § 28 Abs. 1 und 2 GOGR.

Der Wahlvorschlag betreffend Ersatzmitglied des Personalbeirates lautend auf GR. Mag. Klaus Schinninger wird

einstimmig angenommen.

Mitteilungen

CORONA-Virus (Covid-19)

Bgm. Dr. Rabl: Für all jene, die nicht im Krisenstab der Stadt Wels sind ein kurzes Update was die Corona-Zahlen in Wels betrifft: Wir sind nach wie vor Corona-frei, es gibt keinen einzigen uns bekannten Hinweis auf eine Infektion und es gibt auch keinen, der unter Quarantäne in Wels steht. Im Krankenhaus werden nach meinen Informationen noch vier Personen – allesamt Nicht-Welser – behandelt. D.h. der Bezirk Wels ist de facto Corona-frei. Naturgemäß kann sich das jeden Tag ändern, weshalb ich darauf verweise, dass die Vorgaben, die wir von Seiten des Bundes bzw. Landes erhalten auch in Wels mit entsprechender Umsicht umgesetzt sind und werden.

Abklärung der Gefährdungslage durch die Maurer-Deponie

Bgm. Dr. Rabl: Vor kurzem sorgte eine Pressemeldung für Verwunderung. Es ging um die Maurer-Deponie. Der Eigentümer hat Informationen, dass die Maurer-Deponie nun Verdachtsfläche der Kategorie 3 ist oder werden soll. Eine amtliche Mitteilung diesbezüglich ist bisher noch nicht vorhanden. Dazu ist festzuhalten, dass damit amtlich festgestellt ist, dass von dieser Mülldeponie eine Gefahr ausgehen kann. Die Kategorie 3 ist die „geringstmögliche“ Kategorie, die dringlichsten und gefährlichsten Deponien haben die Kategorie 1. Wenn das der Fall sein sollte, dann ist damit die Sanierung der Maurer-

Mülldeponie durch den Bund umzusetzen und nicht durch die Stadt. Der Bund hat dafür ausdrücklich die Mittel zur Verfügung. Das wird ausdrücklich im Gesetz angeführt. Dies zur Klarstellung, weil mich viele darauf angedet haben.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend „Pakt für bessere Beschäftigungschancen für die Jugend im Bezirk Wels“ und Aktivierung des Netzwerkes für Jugend
Verf-015-I-9-2020

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Neue Mittelschule 5 Neustadt, Zubau und Sanierungen im Bestand; Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019
Verf-015-I-10-2020

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung und Finanzierung einer kostenlosen Nachhilfe für Schulanfänger und Pflichtschüler während der Sommermonate
Verf-015-I-11-2020

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 3 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Nun erlaube ich mir einen Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen, dass der Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend die Neue Mittelschule 5 am Beginn der Sitzung und nicht am Ende der Sitzung behandelt wird.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Bgm. Dr. Rabl den Dringlichkeitsantrag betreffend die Neue Mittelschule 5, Verf-015-10-2020, am Beginn der Gemeinderatsitzung zu behandeln wird mit

32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ + ÖVP-Fraktion, GR. MMag. Rumersdorfer)
gegen 1 Nein-Stimme (GR. Mag. Teubl)
und 2 Stimmenthaltungen (GR. Mag. Sönser, NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Humer ist bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Neue Mittelschule 5 Neustadt, Zubau und Sanierungen im Bestand; Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019
Verf-015-I-10-2020

StR. Reindl-Schwaighofer: Es gibt ein Sprichwort: „Was lange währt wird endlich gut“. Für alle, die nicht wissen warum dieser Amtsbericht als Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde: Es gab eine Informations- und Abstimmungspanne im Kulturausschuss. Leider hat sich die FPÖ-Fraktion der Stimme enthalten und damit fand der Antrag im zuständigen Kulturausschuss keine Mehrheit. Eine Stunde später konnten die Missverständnisse aufgeklärt werden. Daher wählten wir den Weg des Dringlichkeitsantrages. Danke an alle, dass dieser Antrag so kurzfristig umgesetzt wurde.

Das Thema Ganztageschule beschäftigt uns bereits Jahre und poppt jetzt wieder sehr stark auf, wenn sie nur an die Folgen der Corona-Krise denken, an das Schließen der Schulen. Soweit wir es sehen können hat dieses Thema nun eine große Bedeutung. Der Bundesminister sagte, dass wir ungefähr 20 % der Kinder mit den von den Schulen gesetzten Maßnahmen schwer bis gar nicht erreicht haben. Es sind eigentlich genau die Kinder, die Jugendlichen, die lerntechnisch und unterstützungstechnisch von den Familien bereits unterversorgt sind. Es wird davon ausgegangen, dass viele Kinder, viele Jugendliche noch größere Defizite aufweisen werden als bisher.

Wir führten Diskussionen über die Notwendigkeit in jedem Stadtteil ein Angebot für Ganztageschulen zu schaffen, um den Jugendlichen und Kindern eine Chancengerechtigkeit bieten zu können. Chancengerechtigkeit immer dort, wo eine Unterstützung von den Familien nicht optimal vorhanden ist, wo die Kinder Defizite haben oder oft von den Ressourcen in den Familien sehr stark benachteiligt sind. Es ist in Fachkreisen unumstritten, dass eines der besten Präventionsmaßnahmen gegen Misserfolge in den Schulen ganztägig geführte Schulen sind.

Es gibt bei uns in der Stadt zwei Systeme der Betreuung. Das sind die Horte und die Ganztageseschulen. Wir einigten uns auf eine Weiterführung der Horte in der bewährten Art und den Ausbau der Ganztageseschulen. Mit dem Umbau der NMS 5 Mozartstraße wird der erste Schritt getan. Die NMS 5 Mozartstraße hat 16 Klassen mit rund 350 Schülern. Diese Schule führte vor zwei Jahren eine Elternbefragung durch. Aus dieser abgeleitet gehen wir davon aus, dass zwischen 60 und 80 Kinder/Jugendliche dieses neue Angebot nach dem Umbau in Anspruch nehmen werden. Für mich als Schulreferent ist der heutige Tag wunderbar, wenn ich sehe, dass wir durch das gemeinsame Einbringen dieses Antrages mehrheitlich den Umbau beschließen werden.

Nach Beschlussvorlage wird im dritten Quartal des Jahres mit dem Bau begonnen. Im bestehenden Schulgebäude werden einige Dinge adaptiert. Ebenso wird ein Zubau errichtet, um die notwendige Ausspeisungsküche und zusätzliche Gruppenräume, die sich aus den Anforderungen einer Ganztageseschule ergeben, zu ermöglichen.

Ganz besonders hervorheben möchte ich das Engagement der Eltern und der Lehrer. Ab dem Schuljahr 2020/2021 gibt es ein Angebot, das uns sicher hilft die Chancengerechtigkeit in diesem Stadtteil für die neuen Mittelschulen herzustellen.

Erinnern darf ich an Stadtteile, die noch immer kein Ganztagesangebot im Volksschulbereich haben, z.B. Vogelweide, Lichtenegg, aber auch die NMS Pernau. Wer sich ein wenig die Sozialstruktur anschaut, so gibt es dazu einen Querverweis: Vor vier Jahren gab es von Frau Bundesminister Hammerschmid eine Chancenindexzuteilung, in der wir genau in diesen Stadtteilen bei den Schulen einen Nachholbedarf haben.

Ich bedanke mich bei der zuständigen Abteilung für die Vorbereitung, beim Facility Management für die Kostenschätzung usw. und ersuche sie diesen Antrag zu beschließen, um einen weiteren großen Schritt für die Ganztageseschulbetreuung in der Stadt Wels zu tun.

StR. Lehner: Ich möchte darauf hinweisen, wir haben ein wichtiges Projekt vor uns für die Zukunft der Nachmittagsbetreuung. Entscheidend ist auch, es handelt sich um einen Grundsatzbeschluss für ein Projekt, welches in Summe 1,6 Mio. Euro kostet. Wir beschließen heute einmal grundsätzlich dieses Projekt und konkret Planungskosten in Höhe von € 132.000,-- plus die Ertüchtigung im Bestand, nämlich die neue Übergabestation für die Fernwärme in Höhe von € 60.000,--. Dieses Vorgehen ermöglicht uns bei der endgültigen Beschlussfassung - was die Realisierung betrifft - dann sehr präzise bei den Kosten zu sein. D.h. mit dem heutigen Grundsatzbeschluss beginnt die Detailplanung, es werden Ausschreibungen durchgeführt und wir wissen, wenn wir endgültig das O.K. für die Umsetzung geben, welche Kosten auf uns zukommen. Das ist wichtig für die Planungssicherheit. Ebenso wichtig ist es ein Projekt auf den Weg zu bringen, welches für die Qualität der Nachmittagsbetreuung unserer Kinder entscheidend ist.

GR. Schiefermayr: Die NMS 5 Neustadt erhält eine entsprechende Sanierung und einen Zubau für die Nachmittagsbetreuung. Die Fertigstellung ist für September 2021 geplant. Daher setzt die Stadt Wels ein weiteres Zeichen für die Bildung. Ein großer Dank gebührt dem Finanzreferenten, der dieses ermöglicht. Ein weiterer Dank gilt der Fachabteilung

sowie all jenen, die dieses Projekt maßgeblich vorangetrieben haben. Mit dem heutigen Beschluss setzen wir ein wichtiges Zeichen für die Zukunft unserer Schüler.

GR. Mag. Schindler: In Anbetracht dessen, dass es in Wels sehr hohe Zahlen gibt von Schulabbrechern und Kindern, deren Ausbildungsstand nicht so gut ist wie in anderen Orten, kann man die Ganztagesesschule nur als wesentliches Instrumentarium sehen. Es wird hier angesetzt und den Kindern geholfen, denn wir wissen aus vielen Studien, dass Ganztagesesschulen ein gutes Instrumentarium für die Bildung unserer Kinder sind. Nachdem wir bereits jahrelang auf diesen Punkt hinweisen, freut es uns sehr, dass dieser Umbau der NMS 5 eine breite Zustimmung finden wird. Herzlichen Dank dafür.

GR. Weidinger: Es freut mich außerordentlich dieses Projekt zu beschließen. Die ÖVP-Fraktion findet diese Betreuungsform sehr gut, warum sich die FPÖ-Fraktion hier ein bisschen schwer tut weiß ich nicht. Redet man mit den Direktorinnen und hört man sich die Meinungen der Experten an, dann ist klar - es ist die beste Betreuungsform. Wir brauchen in den Schulen unbedingt eine Ganztagesbetreuung. Das unterstützen wir hiermit. Es freut mich ganz besonders, dass die Direktorin Dagmar Föger mit ihrem Team außerordentlich gute Arbeit leistet. Sie war bei den Planungen involviert.

GR. Scheinecker, BA: Bereits seit der letzten Legislaturperiode ist die Ganztagesesschule ein großes Thema. Bildung generell und Kinderbetreuung sind für mich ganz wichtig. Gerade in der jetzigen Situation ist diese Investition der Stadt Wels ein Impuls, den wir setzen. Die Ganztagesesschule ist eine ideale Form, unsere Schüler zukunftsfit zu machen, sie zu begleiten, sie zu unterstützen. Jedoch gibt es in gewissen Bereichen noch immer kein dementsprechendes Angebot. Indem wir jetzt zwar die NMS 5 Mozartstraße auf den Weg bringen, sollten wir uns reiflich überlegen was tun wir in der Pernau, in Lichtenegg und idealerweise auch in der Noitzmühle.

StR. Hoflehner: Als Verkehrsreferent melde ich mich deswegen zu Wort, weil ich in der NMS Neustadt immer wieder einen tollen Partner fand was unterschiedlichste Aktionen anlangt. In diesem Bereich werden immer wieder tolle Maßnahmen in der Verkehrserziehung gesetzt. Diese Betreuungsform ist ein Garant dafür, dass wir in diesem Gebiet, wo zwei Gymnasien und eine Höhere Bundeslehranstalt, eine Hauptschule, die größte Welser Volksschule plus ein Kindergarten sich befinden, ganz besonders herausgefordert sind. Hier erwarte ich mir durch die Mitarbeit der jungen Menschen entsprechende Zukunftskonzepte für diesen Bereich zu erarbeiten. Ich stehe dem sehr positiv gegenüber und gratuliere dem Referenten und dem gesamten Gemeinderat für diese sehr weise Entscheidung.

StR. Reindl-Schwaighofer: Herzlichen Dank für die Wortmeldungen. Aus diesen hört man heraus, wir sind uns über den Umbau in dieser Qualität einig. Für die SPÖ-Fraktion gibt es jedoch noch immer einen großen Wehrmutstropfen, und zwar werden durch unsere Gebührenkonstruktion Eltern „ausgesiebt“, weil es zu große finanzielle Hürden gibt. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatterin Gemeinderätin MMag. Stefanie Rumersdorfer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Einrichtung einer Begegnungszone
Verf-015-I-7-2020

GR. MMag. Rumersdorfer: Die GRÜNE-Fraktion steht heute hier nicht zum ersten Mal und versucht Teile der Innenstadt autofrei zu machen. Wir tun dies nicht um Innenstadtbewohner zu sekkieren oder die Wirtschaft in Grund und Boden zu beruhigen. Nein! Wir tun das, um unsere Lebensqualität zu steigern und den öffentlichen Raum des Stadtplatzes den Bürgern, zu denen wir schließlich alle zählen, zurückzugeben. Es ist unser Platz und nicht der unserer Autos.

Ich darf ihnen eine kurze Genese dieser bereits „never ending-story“ geben - sie werden sehen es ist ein Auf und Ab. 2009, also bereits vor über zehn Jahren, hielt der damalige Verkehrsstadtrat und heutige Vizebürgermeister Kroiß in einem ORF-Interview die Idee für sehr sinnvoll und weiter „man könnte mit den Schanigärten mehr Leute in die Innenstadt bringen“. 2012 wurde von meinem Kollegen Mag. Teubl erneut ein Antrag zum autofreien Stadtplatz eingebracht, der in einem Ausschuss versumpfte. 2013 wurden zwei Begegnungszonen eingerichtet, nämlich jene am Kaiser-Josef-Platz und jene in der Pfarrgasse - Zitat: „Neues Instrument der urbanen Verkehrsberuhigung“. So der damalige Verkehrsreferent. Der damalige Innenstadtreferent und nunmehrige Bürgermeister Dr. Rabl erklärte, dass eine derartige Begegnungszone für - Zitat: „...die Bewohner der Innenstadt, als auch für Besucher die Verkehrssicherheit und der Flaniergenuss gleichsam gegeben sind.“ Wir wissen allerdings alle, dass die Straßenschilder, die die Begegnungszonen am Kaiser-Josef-Platz und in der Pfarrgasse markieren, größtenteils Zierde sind. Denn wenn links und rechts z.B. in der Pfarrgasse noch immer die Autos parken, dann geht kein Mensch mitten auf der Straße, so wie es eigentlich gedacht wäre. Dasselbe gilt für den Kaiser-Josef-Platz. Die Busse, Autos, Taxi fahren einfach weg. Als Fußgängerin habe ich eigentlich immer das Nachsehen, obwohl es ja heißt alle Verkehrsteilnehmer sind gleichberechtigt und müssen aus diesem Grund stärker aufeinander Rücksicht nehmen. Also der Ansatz war gut, kostete sicher auch genug Geld, die Umsetzung lässt allerdings zu wünschen übrig.

In Graz übrigens funktioniert das ganz wunderbar. Ich studierte in Graz und sah es selbst. Es gibt dort seit 2011 am Sonnenfeldplatz direkt vor der Uni einen Shared Space, der als Volksmodell deklariert wird. Die Geschwindigkeit ist signifikant gesunken, die Unfälle mit Personenschaden haben sich halbiert, aber auch der Lärm und die Schadstoffbelastung sind dadurch gesunken. Also eine win-win-Situation für alle, wenn sie richtig umgesetzt wird.

2014 war der nächste Vorstoß zumindest in der Weihnachtszeit den Stadtplatz autofrei zu machen. Leider auch die nächste Schnappatmung von den Kaufleuten. Ich weiß ja nicht wie es ihnen geht, ich versuche so wenig wie möglich mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren und gerade in der Weihnachtszeit findet man keinen Parkplatz. 2016 hat das Stadtmarketing in Auftrag geben wollen, ob ein autofreier Stadtplatz während der Weihnachtswelt möglich wäre. Dazu würde eine Besucherfrequenz von 15.000 benötigt werden, wurde damals gesagt und ich denke, dies sollte schaffbar sein, wenn man sich jetzt die aktuellen Zahlen nach dem Shutdown anschaut. Vorige Woche war eine Pressemitteilung, wo von 15.700 Besucher ausgegangen wird.

Im Sommer 2016 wollte der Wirtschaftsreferent Peter Lehner die Altstadt als eine großflächige Begegnungszone deklarieren mit der Begründung - Zitat: „Es könnte ein weiterer Anreiz für Bewohner, Kunden und Geschäfte gesetzt werden. Der Autoverkehr soll in der Altstadt weiter möglich sein, aber so integriert werden, dass er nicht wie derzeit dominant in Erscheinung tritt, eine deutliche Aufwertung der Altstadt als Lebens-, Bewegungs- und Aufenthaltsraum.“ Wenn ich das jetzt so lese verstehe ich leider nicht, wieso unsere Ideen immer als utopisch und fatal eingestuft werden, wenn wir doch eh alle das Gleiche wollen, nämlich eine bessere Lebensqualität für uns alle – auch für uns selbst.

Bei der Budgetgemeinderatsitzung zeigte ich das Geschenk (Kalender) her mit den Autos in der Fußgängerzone. Vielleicht können sie sich noch erinnern. Das wollen wir ja wirklich alle nicht mehr und so denke ich, dass dieser Ansatz eines autofreien Stadtplatzes, einer autofreien Innenstadt – zumindest temporär - sehr attraktiv wäre.

2019 starteten wir eine neue Initiative, die in den Ausschuss verwiesen und dort einstimmig abgelehnt wurde. Nun schreiben wir das Jahr 2020. Wir haben gerade einen Corona-bedingten Shutdown hinter uns, der uns alle forderte. Viele Städte nutzen nun die Chance um ihre Verkehrskonzepte zu überarbeiten, denn sie sahen welche enorme Steigerung der Lebensqualität eine verkehrsberuhigte Innenstadt bringt. Der Klimaschutz kommt dabei auch nicht zu kurz.

Wenn man sich in diversen Facebook-Eintragungen umschaute, dürfte selbst dem Verkehrsstadtrat Klaus Hoflehner diese Idee gefallen. Hier sind wir nicht sehr weit voneinander entfernt Klaus, wir sind oft sehr gleicher Meinung was diese Dinge betrifft. Auch die Idee die Schanigärten zu vergrößern und dafür ein paar Parkplätze zu opfern, wie es in Wien nun vorgeschlagen wird, um die Wirtschaft anzukurbeln, finde ich gut. Auch hier bin ich ganz deiner Meinung Klaus, dass das im Sommer für Wels eine wunderbare Sache wäre. Für mich ist das Ganze ja nicht ein Opfern, sondern ein Zurückgewinnen des öffentlichen Raumes. Die Autos am Stadtplatz zu lassen und gleichzeitig die größte Gastrozone Österreichs auszurufen widerspricht sich für mich. Wer will denn neben Autolärm und Abgasen, parkplatzsuchenden oder einfach nur durchfahrenden Autos seinen Kaffee und seine Mehlspeise essen? Ich nicht!

Bedenkt man, dass sich die Städte im Sommer enorm aufheizen, brauche ich nicht noch wirklich die Autos, den Lärm und die Abgase dazu. Meiner Meinung nach sind die Schmetterlinge und die Blumen in der FUZO nicht genug um die Innenstadt attraktiver zu machen und die Wirtschaft zu beleben. Dazu habe ich eine Zwischenfrage, ich bekam nicht mit wer diese Gestaltung machte. Vielleicht kann mir irgendwer dazu etwas sagen.

Zurück zum Antrag: Z.B. in Linz hat der FPÖ-Vizebürgermeister für einen begrünten und teilweise autofreien Hauptplatz geworben. Bgm. Luger von der SPÖ sieht dazu einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und eine gleichzeitige Aufwertung der Lebensqualität für die Menschen. Auch in der Verkehrsberuhigung sieht er viel Potential. Die WKO schlägt in einem Artikel in der Wiener Zeitung im Oktober 2019 österreichweit vor mehr Begegnungszonen einzurichten, denn hier liegen Zahlen auf, dass sich nach zwei Jahren die Begegnungszonen rechnen und der Stadt zu höheren Einnahmen verhelfen – von den Arbeitsplätzen ganz zu schweigen.

Sie sehen liebe Kollegen der anderen Fraktionen, es ist keine GRÜNE-Schnapsidee oder eine undurchdachte Utopie, denn viele ihrer Kollegen in anderen Gemeinden haben die Zeichen der Zeit erkannt und sind für eine derartige Aufwertung der Innenstadt.

Ich lasse mich von ihnen gerne überraschen, lassen sie uns diskutieren, greifen wir den Begriff Begegnungszone weiter als im juristischen Sinn mit diesen 350 m Länge usw. – der Herr Bürgermeister weiß hier bestens bescheid – und lassen sie es uns zumindest versuchen, lassen sie es uns prüfen, so wie es im Antrag geschrieben steht, zumindest einmal von Freitagmittag bis Sonntagnacht die Innenstadt autofrei zu genießen. Vielen Dank.

StR. Hoflehner: Mit dieser historischen Geschichte wurde mir einiges klar. Zu Beginn wollte ich sagen, ich bin überrascht wie vorsichtig und fast brav dieser Antrag formuliert ist, insbesondere diese temporäre Einrichtung. Das bin ich von den GRÜNEN gar nicht gewohnt, insbesondere wo in den sozialen Medien ganz andere Töne angeschlagen werden. Ich habe nicht nur für diese Geschichten sehr viel Sympathien, das alleine würde ja nicht genügen, sondern letztendlich auch die Absicht einer dementsprechenden Umsetzung.

Allerdings vielleicht ein wenig anders als in diesem Antrag steht. Dieser Antrag verwirrt mich ein wenig, weil Begegnungszonen keine autofreien Zonen sind. Unter bestimmten Bedingungen kann man in solchen Zonen mit dem Auto fahren.

Ich glaube diese Testphase für die Plätze, insbesondere der Stadtplatz West, können und sollten wir uns eigentlich diesen Sommer „leisten“ uns das wirklich anzuschauen, dort Platz zu machen für Fußgänger. Erzürnt hat mich die Idee Gehsteige freizuhalten und dort neben den Schanigärten Fahrradständer abzubauen. Letztendlich finde ich die Idee mit den dort befindlichen Parkplätzen besser. Bevor ich die Gehsteige vollräume, lasse ich sie von den Fußgängern nutzen. Wir werden rechtlich konform zu anderen Lösungen kommen können oder sollen als eine temporäre Begegnungszone. In der Begründung wurden ein paar Dinge angesprochen, z.B. diese Fußgängerstraße. Dazu gibt es von Seiten des Ministeriums eine Absichtserklärung, dies in irgendeiner Art und Weise über Corona hinaus in der StVO zu verankern. Mit gutem Willen können wir – ich sage wir, weil auch andere Referenten betroffen sind – in diesem ganz speziellen Sommer die Dinge gut hinbekommen.

Bewusst sage ich in aller Öffentlichkeit des Gemeinderates, ich wünsche mir schon weitaus mehr permanente Begegnungszonen. Ich glaube wir haben zwei große zeitliche Chancen, zum einen der Gestaltungswettbewerb für den Kaiser-Josef-Platz, der uns einigermaßen Raum gibt für Möglichkeiten. Zum zweiten die geplante Öffnung der Roseggerstraße Richtung Süden von der Stelzhamerstraße aus. Wenn dieses

Chancenpotential von uns nicht genutzt wird, dann sind wir im wahrsten Sinne des Wortes selbst schuld. Ich werde, ob dieser Antrag jetzt angenommen wird oder nicht, die zuständigen Dienststellen beauftragen zu prüfen, ob wir - vom Martin-Luther-Platz bis zum Kaiser-Josef-Platz, vom Kaiser-Josef-Platz/Pfarrgasse bis zum Ring, die Rainerstraße möglichst bis zur Eisenhowerstraße, den mittleren Teil des Kaiser-Josef-Platzes unter Erweiterung der Pfarrgassen-Begegnungszone bis zur Adlerstraße – im Zuge der geplanten Veränderung des innerstädtischen Verkehrs (hier sind alle gemeint, vom Fußgänger bis zum Autofahrer) diese nutzen sollen hier permanente Veränderungen durchzuführen.

Wie gesagt, bei so viel historischer Zustimmung und letztendlich dann bei einem relativ geringen Output glaube ich, dass wir aus der Corona-Krise und Pandemie, die uns alle sehr betrifft, mit dieser Art und Weise durchaus positive Ergebnisse für die Zukunft erzielen können.

GR. Weidinger: Ich bin jetzt total verwirrt und kenne mich nicht mehr aus, beziehe mich aber auf den von den GRÜNEN vorgelegten Antrag betreffend Begegnungszone. Frau MMag. Rumersdorfer sprach von einer autofreien Zone. Das hat aber mit einer Begegnungszone nichts zu tun. Man muss den Antrag begründen und beim Thema bleiben.

Ich weiß von den Wortmeldungen des Kollegen Mag. Teubl beim Verkehrsausschuss und von seinen Forderungen im Gemeinderat. Ich bleibe jetzt einmal beim Antrag. Eine Begegnungszone ist ein Mittelding zwischen Wohnstraße und Fußgängerzone. Es darf dort jeder mit dem Auto hineinfahren und von Fahrrädern und Fußgängern benutzt werden, wobei meistens eine Geschwindigkeit von 20 km/h – in Ausnahmefällen auch 30 km/h - vorgeschrieben ist. Es dürfen sich dort die Fußgänger auf der Fahrbahn bewegen. Dazu ist es notwendig Parkplätze wegzunehmen. Es gibt dafür gewisse Richtlinien. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit und Experten definieren wie eine Begegnungszone auszusehen hat, wie sie einzurichten ist bzw. auf was geachtet werden soll.

Hier aus Jux und Tollerei zu sagen wir machen eine solche, sehen es uns einmal an, sperren hier und dort, machen dieses, jenes und eine autofreie Stadt, geht uns zu weit. Wir beziehen uns auf diesen Antrag der Begegnungszone. Wir meinen diese ist ein sehr gutes Instrument für die urbane Verkehrsberuhigung. Das ist richtig und würden wir auch gerne unterstützen, aber dafür braucht es etwas mehr. Die Experten sagen, wir sollen uns mit den Betroffenen zusammensetzen. Das sind die Geschäftsinhaber, Fußgänger, Gehörlose und Blinde, weil es gewisse einzuhaltende Parameter gibt. Es muss überlegt werden, welche Parkplätze weggenommen werden können. Es ist nicht so einfach auch temporär eine Begegnungszone einzurichten – da werden wir scheitern.

Wenn wir es wirklich wollen, müssen wir es einem Ausschuss zuführen und die Welser fragen, ob sie das überhaupt wollen. Uns ist es wichtig, dass die Geschäfte nicht darunter leiden. Wollen die Geschäftsinhaber das nicht, ist das ein großer zu berücksichtigender Faktor. Betrachten wir die Welser Begegnungszone KJ und Pfarrgasse, so möchte ich von ihnen wissen, wie viele Menschen sich zu Fuß in der Pfarrgasse bewegen. Es gibt hier niemanden, der berechtigterweise dort geht, weil jeder dort den Gehsteig benützt, obwohl er auf der Fahrbahn gehen könnte. Hätten wir dort die Begegnungszonen nicht und eine 20 km/h-Beschränkung, so würde das wahrscheinlich an der Ist-Situation nichts ändern.

Das Kuratorium für Verkehrssicherheit hat in Österreich zwölf Begegnungszonen auf die Sinnhaftigkeit und Gefährlichkeit etc. geprüft. Im Mai 2017 hat das Kuratorium an zwei sonnigen Tagen von 07.00 bis 19.00 Uhr die Verkehrssituation am Kaiser-Josef-Platz beobachtet. Sie schreiben: Länge: 100 Meter, angelagerte Nutzung: Busbahnhof, Gestaltung: teilweise niveaufrei, Gehsteigkanten etc. Bei den meisten von den zwölf untersuchten Begegnungszonen funktioniert es sehr gut. Ich möchte nun das Ergebnis vorlesen:

Der Standort ist sehr stark durch den Busbahnhof geprägt. Der Busbahnhof stellt einen Taktknoten des innerstädtischen Linienverkehrs dar. Die Busse aller Linien verlassen den Busbahnhof jeweils unmittelbar hintereinander. Die Kfz-Verkehrsstärken sind vergleichsweise gering, wurden aber sehr stark durch den Linienverkehr dominiert (ca. 20 %). Der Standort weist sehr hohe Fußgängerkehrsstärken auf. Die Anzahl querender Fußgänger ist die höchste aller untersuchten Standorte – bedingt durch die Insellage der Busdrehzscheibe. Etwa die Hälfte der Kfz fährt schneller als die zulässige Höchstgeschwindigkeit – die v_{85} beträgt 27 km/h. Es wurde eine hohe Dichte an Fußgängerquerungen entlang der gesamten Länge beobachtet. Im Falle einer Interaktion mit Kfz wird in etwa 40 % der Fälle Fußgängern der Vortritt verwehrt. An diesen Standort wurden zahlreiche Konflikte zwischen Fußgängern und Kfz beobachtet – 34 Konflikte sind der höchste Wert aller Standorte.

Ob das das Allheilmittel gegen Klima & Co. ist, weiß ich nicht und wage ich zu bezweifeln. Wir sind natürlich nicht gegen eine Begegnungszone, aber wir möchten alle einbinden. Vielleicht gelingt uns das beim KJ. Aber jetzt das einfach so zu machen ist uns etwas zu wenig. Wir möchten eine Diskussion starten, damit mittelfristig oder langfristig alle Fraktionen damit leben können.

Bgm. Dr. Rabl: Zum gegenständlichen Antrag möchte ich die Gelegenheit nutzen und einige Dinge richtigstellen und darstellen, wie unsere Fraktion dazu denkt. Den historischen Abriss, Frau Kollegin, haben wir von ihnen bekommen und sie wissen deshalb vielleicht, dass die zwei ersten Begegnungszonen in der Stadt Wels vom freiheitlichen Verkehrsreferenten eingeführt worden sind. Wir sind daher prinzipiell Fans von Begegnungszonen – das muss festgestellt und festgehalten werden.

Die Begegnungszone wurde ursprünglich für die gesamte Innenstadt gefordert. Diese beginnt bei mir in der Eisenhowerstraße, geht von dort in die Dr.-Salzmann-Straße, Pollheimerstraße, Volksgartenstraße und dann von der Roseggerstraße wieder bis zur Eisenhowerstraße. Wenn ich diese Bereiche allesamt zu Begegnungszonen mache, dann wäre ein Durchfahren durch Wels de facto nicht mehr möglich. Deshalb auch meine Bedenken dagegen, wenn es nach Ansicht der Abteilung Verkehrsrecht dann keine Querparker, sondern nur mehr Längsparker gibt. Es gibt dann auch keine Gehsteige, keine Zebrastreifen mehr; auch das würde komplett in diesem Bereich wegfallen.

Es wäre aus verkehrspolitischer Sicht ein Kollaps zu befürchten und aus sicherheitspolitischer Sicht – hier bin ich voll beim Kollegen Weidinger – ein absoluter Kollaps zu befürchten. Kennen sie die Hessengasse? Wer begegnet sich in der Hessengasse? Das ist die Verbindung zwischen der Ringstraße und dem Kaiser-Josef-Platz. Da brauche ich keine Begegnungszone. Das ist zwar nett, wenn ich das proklamiere, aber eine Begegnungszone sollte dort gemacht werden, wo man sich

begegnet und wo es Sinn macht. Ich habe mit Bewohnern in der Rainerstraße beim Büro der GRÜNEN, zwischen der Rablstraße und der Eisenhowerstraße gesprochen und diese fürchten den Wegfall der Querparkplätze, das Wegnehmen von noch mehr Parkplätzen und meinten, ob wir verrückt geworden seien. Es gibt hier schon ein massives Thema, wo eine Begegnungszone sein soll und wo nicht.

Ich habe nichts dagegen zu prüfen - in der zuständigen Dienststelle läuft dazu schon die Prüfung - was gemacht bzw. nicht gemacht werden kann. Der Einklang zwischen den Fraktionen war für eine verkehrsberuhigende Darstellung des KJ sehr groß. Sogar am KJ, wo wir diese Frequenzen haben sollten – wünschenswert wäre eine noch höhere – haben wir offensichtlich Probleme eine Begegnungszone tatsächlich lebendig zu machen. Die Begegnungszone lebt davon, dass es ein hin und her der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer gibt. Weil wenn dort kein einziger Fahrradfahrer und kein einziger Fußgänger geht, so halten die Autofahrer natürlich die 20 km/h-Beschränkung nicht ein. Wir haben jetzt schon in der Innenstadt Probleme mit der Einhaltung der 30 km/h.

Für mich ist es völlig klar, eine Begegnungszone macht nur dort Sinn, wo auch die Lebhaftigkeit, die Lebendigkeit des Platzes und der Straße entsprechend gegeben ist. Wir sprechen hier noch gar nicht über den Kostenaspekt. Als Beispiel müssten wir die Gehsteige in der Innenstadt in diesem Bereich mit Kosten in Millionenhöhe absenken. Hört bitte zu! Wir sind in der Corona-Krise! Denkt darüber nach was das bedeutet! Ist das wirklich die Nummer-1-Investition, die wir als Stadt Wels am Allernotwendigsten und Wichtigsten brauchen? Die Gehsteige haben wir zum Teil erst vor fünf bis neun Jahren gemacht und senken sie nun um drei Zentimeter ab, um eine Begegnungszone zu machen? Ist das wirklich der Weisheit letzter Schluss? Nein, es gibt zahlreiche andere Investitionen, die aus meiner Sicht oder aus Sicht dieses Gemeinderates wichtiger sind, wie Kinderbetreuung, Bildung, Schaffung von Wirtschaftsimpulsen, den Markt und ganz viele andere Bereiche, die extrem wichtig sind.

Wenn ich damit einen Verkehrskollaps, einen Wirtschaftskollaps in der Stadt verursache - all diese Dinge zusammengenommen - dann ist in diesem von ihnen angesprochenen großen Bereich zu überlegen was man damit machen will. Dieser große Bereich ist mittlerweile schon etwas kleiner geworden, bin mir aber immer noch nicht sicher, was „die Innenstadt insbesondere“ bedeutet. Die Begründung ihres Antrages redet von etwas ganz anderem, nämlich von einem verkehrsfreien Stadtplatz. Eine Begegnungszone ist ja gerade nicht verkehrsfrei und soll im Übrigen auch nicht verkehrsfrei sein. Dort sollen sich möglichst viele unterschiedliche Verkehre, wie Radfahrverkehr, Fußgängerverkehr und der Autoverkehr treffen und durcheinandergemischt werden, um eine Lebendigkeit dieser Begegnungszone zu schaffen.

Deshalb ist das was sie fordern, eine Fußgängerzone und laut ihrer Begründung keine Begegnungszone. In diesem Zusammenhang ist mir nicht klar was sie überhaupt wollen. Es ist für mich sehr schwierig zu sagen in diese oder jene Richtung oder in eine völlig andere Richtung zu gehen. Die Prüfung läuft - wir hätten das auch gemacht. Die GRÜNEN werden sagen, wir haben das nur wegen ihres Antrages getan – ich kenne das politische Geschäft. Nein, es ist schon etwas länger in Planung und ist durch die schon etwas länger am Tisch liegenden Ausschreibungsunterlagen für den Kaiser-Josef-Platz belegbar.

Sie gehen mir in einem Punkt viel zu wenig weit. Warum soll ich eine Begegnungszone, wenn sie passt, nur von Freitag bis Sonntag machen? Warum nicht immer? Ich stimme hier StR. Hoflehner zu, der sagt, dass das nett sei, aber die Autofahrer müssen sich erst daran gewöhnen. Der Autofahrer muss jedes Mal nachdenken welchen Wochentag wir haben und ob es jetzt eine Begegnungszone ist oder nicht. Ich glaube nicht an dieses Konzept. Wenn etwas Begegnungszone ist, dann sollte es jeden Tag funktionieren, weil der Fußgänger- und Radfahrverkehr am Sonntag geringer ist als unter der Woche, weil ich da neben dem Schulverkehr auch noch die berufliche Frequenz in diesen Zonen habe.

Wir sollten hier etwas größer und über den Tellerrand hinausdenken. Wenn wir etwas machen, machen wir es geschickt und dort wo es funktioniert immer. Das ist mein persönlicher Zugang zu dieser Begegnungszone.

Betreffend Thematik Parkplätze habe ich das mit StR. Lehner schon vor sechs Wochen präsentiert. Ein Antrag bezüglich der Traungasse liegt derzeit zur Prüfung bei der Polizei. Hier wissen wir nicht, ob es sicherheitstechnisch klappt oder nicht. Ein zweiter Antrag betrifft den Stadtplatz, wo auch sieben Parkplätze hergegeben werden sollen, um Gastgärten zu machen. Auch das ist nicht so etwas revolutionär Neues in diesem Zusammenhang, wo wir sagen, wir arbeiten nicht daran. Das hat es in der Vergangenheit schon immer wieder gegeben. In diesem Zusammenhang sind natürlich die Kosten ein Thema, weil wir wissen wie viel ein derartiger Parkplatz kostet und welche Gebühren wir ablösen müssten - hier wird es tatsächlich teuer und heikel.

Dieser Antrag ist mir betreffend der Antragstellung und Begründung in Teilbereichen zu wenig weitgehend, in anderen wieder viel zu weit und unklar. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Bgm. Dr. Rabl auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 4) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

35 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Teubl)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2019
FD-Buch-15-2019, miterledigt:
FD-Fin-101-2019

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 12.05.2020:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2019 wird genehmigt.

Bgm. Dr. Rabl: Dieser Tagesordnungspunkt ist ein wichtiger Beschlusspunkt für den Gemeinderat, weil er Zeugnis dafür ablegt, wie die Stadt Wels im letzten Jahr gewirtschaftet hat. In gewisser Weise ist es ein Leistungsnachweis für den Vollzug dieses Budgets, was die Referenten auf den Weg gebracht haben und ob wir zurückblickend sagen können, ob es ein gutes Jahr war – nicht nur die Aktivitäten, sondern auch die Finanzen betreffend. An dieser Stelle bereits jetzt ein herzlicher Dank an die zuständige Beamtenschaft für die großartige Leistung, allen voran dem Herrn Magistratsdirektor und dem Herrn Finanzdirektor sowie naturgemäß auch die Regierungskollegen, die ebenfalls im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht haben ihr Budget sinnvoll einzusetzen und dabei die Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit nicht aus den Augen verlieren.

FD Dr. Barth referiert anhand beiliegender Power-Point-Präsentation (Anlage 6) über den Rechnungsabschluss 2019.

Bgm. Dr. Rabl: Danke! Natürlich ist dieser Rechnungsabschluss für die Stadt Wels etwas unglaublich Positives, weil wir vor ungefähr vier Jahren ein strategisches Ziel formulierten bei zukünftigen Investitionen keine neuen Schulden aufzunehmen. Der Überschuss aus der laufenden Gebarung soll so hoch sein, dass wir uns diese Investitionen leisten können. Das ist uns jetzt aus drei Ursachen gelungen.

Zum einen sind es die eingeleiteten Reformen im Hause Magistrat, die tatsächlich zu den erwarteten Einsparungen führten. Zum anderen sind es natürlich auch die Mitarbeiter, die Unglaubliches leisteten und sehr viele Anstrengungen unternahmen, um diese Strukturreform tatsächlich umzusetzen und die Verwaltung sparsam, zweckmäßig und wirtschaftlich zu führen. Das kann an den vergangenen Budgets abgelesen werden. Dort ist ersichtlich, dass in den letzten drei Jahren das Personalbudget de facto trotz kollektivvertraglicher Lohnerhöhungen, trotz Vorrückungen und trotz zusätzlich übernommener Aufgaben fast gleich geblieben ist. Das ist natürlich eine Leistung, weil die Arbeit nicht weniger sondern mehr wurde.

Es ist verständlich, dass diese Einsparung 2019 nicht mehr so fortgesetzt werden konnte, weil irgendwann das betreffend einfach „die Luft draußen ist“. Wir werden uns zwar weiter bemühen moderate Erhöhungen zu haben. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals bei den Regierungskollegen bedanken, weil es nicht selbstverständlich ist in einem großen gemeinsamen Kraftakt zu versuchen die Investitionen so zu tätigen, dass sie Sinn machen und die wirtschaftliche Betrachtungsweise dabei eine Rolle spielt. Auch das hat uns wesentlich geholfen.

Es kommt dazu, dass die Wirtschaft im Jahr 2019 wunderbar gelaufen ist. Die Steuereinnahmen waren fantastisch und deshalb ein herzliches Dankschön an alle Steuerzahler und an die sehr produktiven Arbeitnehmer. Auch diese waren massiv an den sehr erfreulichen Zahlen beteiligt.

Im Ergebnis haben wir einen historisch niedrigen Schuldenstand in der Stadt Wels mit 14,7 Mio. Euro und ausreichend absichernde Rücklagen für die jetzigen Krisenzeiten. Auf diese können wir frei nach dem Motte „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ zurückgreifen. Wir sind damit gewappnet für schwierige Zeiten. Diese schwierigen Zeiten werden kommen!

Den Zeitungen ist die Prognose für die zukünftigen Einnahmen der Städte zu entnehmen bzw. wurde es von Herrn Finanzminister Blümel in der heutigen Pressekonferenz kommuniziert, dass von Einnahmen-Rückgängen von ca. 7 % für die Kommunen ausgegangen wird, das sind bei 220 Mio. Euro knapp 15 Mio. Euro. Damit wir wissen in welcher Größenordnung uns dieser Einnahmenrückgang tatsächlich trifft. Wenn ich jetzt vom erwirtschafteten Überschuss in Höhe von 16,7 Mio. Euro 15 Mio. Euro abziehe, dann schaffen wir es gerade noch den ordentlichen Haushalt abzudecken. Das sind große Herausforderungen, die auf uns zukommen.

Zum heute präsentierte Vorschlag von GR. Hufnagl in den Medien betreffend Rückzahlung der Kommunalsteuer darf ich sagen, diese kostet für ein Monat der Stadt Wels ca. 4 Mio. Euro. Das ist auch deshalb problematisch, weil wenn wir die Kommunalsteuer zurückzahlen, der Bund um diesen Betrag weniger Förderung auszahlt. Deshalb ist dieser Vorschlag meiner Meinung nach nicht ganz zu Ende gedacht. Das nur zum Thema wie schwierig die Situation tatsächlich ist.

Wir werden uns in nächster Zeit nicht nur mit unseren eigenen Budgetproblemen beschäftigen müssen, sondern auch mit der Arbeitslosigkeit, die allein im letzten Jahr um 80 % stieg. Hier rechne ich die 27.000 Arbeitnehmer ein, die derzeit im Bezirk Wels-Stadt und Wels-Land in Kurzarbeit sind. Ich gehe davon aus, dass diese Kurzarbeitszeitregelung nicht endlos fortgesetzt werden kann und zumindest ein Teil dieser sich jetzt in Kurzarbeit befindlichen Mitarbeiter später dann eine Kündigung erhalten wird.

Wir werden uns mit Ausbildungsdefiziten beschäftigen müssen, weil die Schulen einfach nicht so wie in normalen Zeiten arbeiten konnten und damit, dass die Wirtschaft vor einer Rezession stehen kann. Deutschland hat diese Rezession gerade aufgrund der schwachen Entwicklung im Autosektor und ich kann nicht ausschließen, dass das für Österreich genauso gilt. Gerade deswegen haben wir uns entschlossen (herzlichen Dank an dieser Stelle an GR. Dr. Csar und der ÖVP) zu investieren in Schulen, in Kindergärten, in die öffentliche Infrastruktur. Das ist unglaublich wichtig, weil das adäquate Mittel sind, um entsprechende Impulse zu setzen.

Wenn wir heute über den Kaiser-Josef-Platz, über den Bildungsbereich, die Nachmittagsbetreuung, den Markt und die Feuerwehr, Parkanlagen, Sport oder Greif debattieren bzw. wir in den Bereich Radfahren 500.000 Euro investieren, so sind das alles Investitionen, die der Stadt unfassbar gut tun. Sie sind wichtig, um direkte Investitionen in den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft zu ermöglichen.

Es kam heute ein Förderprogramm für die Kommunen heraus. 1 Mrd. Euro stellt die Bundesregierung zusätzlich zur Verfügung für Investitionen, die die Städte und Gemeinden tätigen. Das ist ein wichtiger erster Schritt. Bei einer normalen Umrechnung bedeutet das für Wels, bei einem Tausendstel an Steuereinnahmen werden 1 Mio. Euro auch in Wels ankommen. Das sind nicht die fehlenden 15 Mio. Euro und ist in dieser

Phase nicht zu erwarten. Ich warne ausdrücklich davor zu glauben, dass was er verliert bekommt er zur Gänze von irgendjemand anderem ersetzt und das meistens von irgendeiner weiter oberen Instanz. Der normale Bürger meint die Stadt ist zuständig, die Stadt sagt das Land, das Land sagt der Bund und der Bund sagt die EU. Jeder weiß das Geld fällt nicht vom Himmel, sondern irgendwer muss das jetzt ausgegebene Geld verdienen und zurückzahlen. Insofern ist der vom Bund gesetzte Schritt ein wichtiger Schritt und ein Signal „wir sind vom Bund gehört worden“. Wir müssen uns weiterhin größtenteils auf uns selbst verlassen. Deswegen ist dieser Investitionsimpuls der richtige Schritt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und gerade in der Rezession etwas zu tun.

Ich möchte noch vor etwas warnen, weil wir heute derartige Anträge behandeln. Es gibt einen Kompetenzkatalog, das meiste steht in der Bundesverfassung der Republik Österreich. Hier ist genau angeführt wofür die Städte und Gemeinden zuständig sind. Genau für diese Zuständigkeit bekommen wir nach dem Finanzverfassungsgesetz das Geld. Wir bekommen kein Geld dafür Mülldeponien zu entsorgen, Panzer zu kaufen, alle Schäden zu bezahlen, die eine allfällige Rezession herbeiführt, Arbeitslosigkeit oder Sonstiges zu lösen. Sondern wir bekommen Geld für Aufgaben, die wir nach der Bundesverfassung zugewiesen bekommen haben, zu erfüllen und zu erledigen. Anders geht es nämlich nicht.

Wenn wir von einer Aufgabenübertragung reden, dann muss mit dieser Aufgabe der damit verbundene Finanzbedarf „wandern“. Das passiert manchmal schon, manchmal nicht. Wir sollten im Gemeinderat nicht unfassbar viele Programme finden, wo wir noch helfen, noch unterstützen und noch fördern könnten. Mir fällt dazu auch unfassbar viel ein und hätte ich die Finanzmittel dazu, würde ich all das tatsächlich auch machen.

Wenn wir helfen - wir helfen ohnehin wo es möglich ist mit einem Soforthilfefond im Bereich der Wirtschaft, mit dem Solidaritätsfond im Bereich des Sozialen, mit Aktionen, die über das Stadtmarketing abgewickelt werden -, dann muss die soziale Ausgewogenheit und die soziale Treffsicherheit immer noch eine gewisse Rolle spielen. Denn mit der Gießkanne über alles darüber zu fahren und jeden und allen alles gratis zu geben ist aus meiner Sicht nicht der Weg, den wir einschlagen sollen und können. Wir haben dazu nicht – schon gar nicht in dieser Zeit - die Finanzlage.

Wir haben in dieser Krise eine besondere Verantwortung gegenüber den Bürgern dieser Stadt und vor allem gegenüber den nächsten Generationen, weil es Generationen brauchen wird, um diese Schulden wieder abzubauen. Wir haben keine neuen zusätzlich zu verkaufenden Sparkassenanteile. Mit dem Verkauf der Sparkassenanteile haben wir 35 Mio. Euro Schulden zurückbezahlt und in den letzten drei Jahren weitere 19 Mio. Euro. Der jetzige historisch niedrige Schuldenstand ist auch darauf zurückzuführen, dass wir zusätzlich Schulden getilgt haben, weil wir uns entsprechende Finanzmittel geschaffen haben.

Tatsache ist, dass zukünftige Generationen diese Schulden werden tilgen müssen und deshalb brauchen wir sehr viel Fingerspitzengefühl, sehr viel Umsicht und müssen wissen, welche Maßnahmen wir setzen und welche diese Krise gerade nicht verträgt. Ich ersuche daher diesen Appell ernst zu nehmen, weil die Zeiten zumindest in den nächsten Monaten oder auch Jahren - den genauen Zeitpunkt kann niemand sagen – schwierig sein werden. Ich blicke aber mit großem Optimismus in die Zukunft, weil ich weiß, dass die Bevölkerung in Wels sehr fleißig und innovativ ist. Wir haben eine sehr gut

aufgestellte Wirtschaft und das Glück nicht so stark vom Tourismus abhängig zu sein wie andere Gemeinden, denen dieses Einnahmenquelle vollkommen wegbricht.

Deshalb bin ich überzeugt, dass die Stadt Wels sehr rasch durch diese Krise kommen wird und sehr rasch die Möglichkeit hat Innovationen und Impulse in dieser Stadt zu setzen, die weit über das hinausgehen, was wir jetzt gerade haben. Trotzdem war es wichtig diese Investitionen zu bestätigen, in nachhaltige Bereiche investiert zu haben, die unserer Bevölkerung zugutekommen und entsprechend Geld kosten. Danke an sie alle, dass sie dazu beigetragen haben!

GR. Wiesinger: Es sind Worte wie „historisch“ und eine Presseaussendung mit „Rekordergebnis“ gefallen. Bevor im Herminenhof die Stadtgeschichte neu geschrieben wird, möchte ich einen Vergleich aus der Geschichte bringen.

Ich weiß nicht, ob ihnen der Name Bonanno Pisano etwas sagt. Er hat im Jahr 1173 als Architekt für ein Bauwerk den Grundstein gelegt. Diesen Namen und sein Bauwerk würde niemand kennen, wenn es nicht Zufälle geben würde. Denn ca. 200 Jahre später wurde sein Bauwerk immer schief – ich rede vom schiefen Turm von Pisa. Dieser wurde 200 Jahre später durch andere Bauarbeiter gestützt und ist nicht umgefallen. Diesen Erfolg 200 Jahre später kann er sich nicht auf seine Fahnen heften. Er hat sicher bei der Errichtung nicht gewusst, dass der Untergrund nachgibt und sein Bauwerk schief werden wird. Auf was möchte ich hinaus? Ich möchte darauf hinaus, dass ein Finanzreferent ein Budget erstellen kann, aber er ist trotzdem auf viele Zufälle und Leute angewiesen.

Da du – sicher nicht absichtlich – einige Punkte vergessen hast, melde ich mich zu Wort. Ein wesentlicher Faktor zum Budget sind die Mitarbeiter. Wenn sie sorgfältig mit ihren Baumaschinen umgehen, brauchen wir sie nicht regelmäßig warten und fahren länger. Mein Lieblingsbeispiel - der Bücherbus - war 35 Jahre unterwegs. Wird nicht ordentlich darauf geachtet, muss schneller etwas gekauft werden. Ein weiterer wesentlicher Faktor ist Finanzdirektor Dr. Barth, der in ganz Österreich bekannt ist für seine profunde Art und Weise der Budgeterstellung und den Vollzug und natürlich der Koalitionspartner. Das ist wichtig, denn nur mit 16 % kann der Finanzreferent in Wels kein Budget erstellen.

Am 10.11.2015 gab es eine Pressekonferenz „Kassasturz“ mit dem Bürgermeister und Dr. Csar und hier wurde der Grundstein für den jetzigen Rekordüberschuss gelegt. Hier wurde in weiterer Folge eine Magistratsreform beschlossen, der Produktkatalog wurde neu aufgelegt und Subventionen wurden gestrichen. Ich sage das deswegen, weil diese Gespräche nicht im Gemeinderat passieren, sondern unter vier Augen. Es sind dies keine angenehmen Gespräche, wenn in der Fraktion über Subventionsstreichungen diskutiert wird. Aber wir haben sie durchgeführt, weil wir der Meinung waren, das ist der richtige Weg. Dass es der richtige Weg ist, zeigt das Rekordergebnis von 16,7 Mio. Euro Überschuss. Natürlich hat es auch den Verkauf der Sparkassenanteile gegeben, aber das war nur ein kleiner Teil.

Dass es wie beim schiefen Turm von Pisa Zufälle braucht, zeigt das Ergebnis und wir sind bei den Kommunalsteuereinnahmen und Bundesertragsanteilen 5 % über der Planung vom Voranschlag bis zum Rechnungsabschluss 2019. Das konnte man so nicht planen, das ist passiert. Wir reden hier bei der Kommunalsteuer von einer Summe von 1,5 Mio. Euro und bei den Bundesertragsanteilen von 3,1 Mio. Euro. Das Ganze führt zu einer Reduzierung der Pro-Kopf-Verschuldung und diese Zahl ist bemerkenswert, weil sie

lag 2015 bei 1.160 Euro und 2019 bei 356 Euro. Ich will nicht sagen, dass es Glück war. Es gibt viele Faktoren, warum etwas erfolgreich ist und die Leistungsbilanz trifft aus meiner Sicht hauptsächlich die Mitarbeiter des Hauses Magistrat, den Finanzdirektor und die politische Führung; in diesem Fall hauptsächlich die Koalition.

GR. Ganzert: Ich dachte zuerst es geht nur um die Genehmigung dieses Rechnungsabschlusses. Diesen können wir nicht abändern, da ja schon alles zurückliegt. Aber wenn sich Kollege Wiesinger meldet, dann melde ich mich auch gerne und beginne wo du aufgehört hast mit dem großen Dank. Er gilt allen Zuständigen, den Mittelbewirtschaftern, der Finanzdirektion, einzelnen Dienststellen und der Stadtregierung, auch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat. Dieser ermöglicht es mit seinen Beschlüssen heute so ein Ergebnis an den Tag legen zu können.

Ein Rekordüberschuss von 16,7 Mio. Euro klingt ein Jahr vor der Wahl sehr schön, der Herr Bürgermeister muss sich freuen. Er hat sich in den letzten Jahren durchaus vermehrt. Dieser Rekordüberschuss ist leider nicht die Dividende, die durch 60.000 dividiert wird und die sich jeder Welser dann im Büro des Bürgermeisters abholen kann. Dr. Barth zeigte es zuerst schon sehr eindrucksvoll was es bedeutet so ein Budget zu gestalten und auch zu verwalten, wo dann auch die einzelnen Zahlen im Detail aufscheinen.

Ich möchte anmerken, dass ich das Gefühl habe GR. Wiesinger meldete sich zu Wort, weil heute der Bürgermeister die Pressekonferenz ganz alleine abhielt. Die Pressekonferenz vor zwei Wochen war eine Konferenz der Koalition mit dem Herrn Bürgermeister und dem Landtagsabgeordneten Dr. Csar. Auch heute wurde wieder gesagt, dass es erst aufgrund dieser guten erzielten Ergebnisse möglich ist zu investieren. Es gelingt darzustellen, dass der außerordentliche Haushalt, der nicht von einer Koalition beschlossen wurde, sondern der sogar mit einer großen Mehrheit - auch mit den Stimmen der SPÖ-Fraktion - mitbeschlossen wurde, dass dieses Konstrukt als Geheimwaffe der Stadt Wels in Zeiten von Corona, von Arbeitslosigkeit und in Zeiten von Nöten hergenommen wird.

Es stimmt, es ist bedeutsam wenn man hergeht und sagt, dass unter anderen Prämissen, wenn auf der Einnahmenseite einiges wegfällt, man sich dazu bekennt. Die SPÖ-Fraktion ist immer bereitgestanden für verschiedene Projekte, z.B. zeigt das der heutige Tagesordnungspunkt von StR. Reindl-Schwaighofer mit dem wichtigen Ausbau der Ganztagesesschule in der Mozartstraße. Dinge, die für uns selbstverständlich sind und die wir als Stadt Wels brauchen, die wir auch beim Thema Corona-Krise nicht ganz wegdiskutieren können.

Die SPÖ-Fraktion bot an mehr daraus zu machen und zu sehen, wie die Dinge sich in der Stadt Wels entwickeln, auch z.B. nach einer Finanzkrise 2008. Wir haben angeboten einen eigenen „außerordentlichen Corona-Haushalt“ zu machen und fragen uns, was können oder müssen wir noch tun.

Der Herr Bürgermeister meinte zum Antrag der GRÜNEN beim ersten Tagesordnungspunkt, dass es noch so viel tun gibt und wir sicher nicht bei den Gehsteigen anfangen. Dann geht es beim Kaiser-Josef-Platz darum einen Platz neu zu gestalten, der Stadt einen neuen Charakter zu geben und wir sagen nicht, dass es beim Kaiser-Josef-Platz endet. Sondern es beginnt bei den Dingen wie Bildung und Kinderbetreuung,

soziale Infrastruktur und Zukunft. Dazu laden wir herzlich ein zur Nutzung der Möglichkeit in die Stadt Wels zu investieren – zusätzlich zu investieren!

Der Bürgermeister selbst hat die Wichtigkeit der antizyklischen Investition angesprochen. Wir investieren jetzt in einen Zyklus, den wir beschlossen haben und so wie wir bisher auch den außerordentlichen Haushalt bestimmt haben. Wir laden herzlich dazu ein die auf den Tisch liegenden Projekte anzugehen, wie die neue Schule in Wels-West sowie andere innovative Ideen, die geschoben werden. Es soll jetzt mit der Planung und der Vorbereitung der Realisierung begonnen werden, um nachhaltig etwas zu lösen.

Ansonsten heißt es für uns, dass dieser außerordentliche Haushalt, den wir letztes Jahr mit großer Mehrheit beschlossen haben, zum größten Teil umgesetzt werden kann. Dazu stehen wir auch. Aber wenn der Bürgermeister immer von „extra für Corona“ „extra für die „Arbeitsplätze“ spricht, so muss ich sagen, dass wir das schon ohne Corona so beschlossen haben. Wir haben gewusst, dass die Welser Wirtschaft diese städtischen Impulse braucht, um die Arbeitsplätze entsprechend sichern zu können.

Wir laden daher noch einmal ein - die Projekte liegen auf dem Tisch - sehr gerne antizyklisch zu investieren, etwas tiefer dafür in die Tasche zu greifen und über eine Neuverschuldung offen zu sprechen und darüber nachzudenken was wir wollen und brauchen, was es am Ende bringt und was die zukünftigen Generationen davon haben.

Genauso wie ich mich freue, dass heute die zukünftige Schulgeneration im Stadtteil Neustadt endlich eine ganztägige Betreuung in der Neuen Mittelschule hat, so gibt es eine Generation in der Noitzmühle, die sich eine adäquate Volksschule mit einer ganztägigen oder verschränkten Schulform verdient hätte.

Neben dem ganzen Dank und dem Rückblick, den es bei einem solchen Tagesordnungspunkt gibt, soll noch einmal offen darüber diskutiert, das Ganze hinterfragt und überlegt werden, was noch alles für eine positive Weiterentwicklung über die bisher bereits getätigten Beschlüsse des Budgets hinaus getan werden kann.

GR. Schäfer, BSc: Die Stadt Wels vermeldet Rekordergebnis. Das Wort Rekordergebnis wird heute schon fast inflationär verwendet. Nichtsdestotrotz ist der vorliegende Rechnungsabschluss 2019 ein Rekordergebnis. Der vom Herrn Bürgermeister vorgelegte Rechnungsabschluss offenbart einen Überschuss aus der laufenden Gebarung von 16,7 Mio. Euro. Dies entspricht einer erneuten Steigerung von ca. 700.000 Euro zum Vorjahr.

Zu den wichtigsten Punkten, die die ausgezeichnete Budgetpolitik der Freiheitlichen untermauern, zählen einerseits die Kommunalsteuer, deren Einnahmen durch die ausgezeichnete Standortpolitik der Stadtregierung um 5 % im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden konnte. Diese beläuft sich inzwischen auf 43,3 Mio. Euro und das zeigt, dass Wels für Unternehmen interessant ist. Ein Beispiel dafür ist die rege Bautätigkeit in den Industriegebieten und der stetige Zuzug von Arbeitgebern in unsere Stadt.

Im Bereich des Personals ist es gelungen die Personalaufwandsquote stabil zu halten. Im Vergleich zum Vorjahr gab es nur eine Steigerung von 0,2 %. Das ist deshalb erwähnenswert, weil gesetzliche Vorrückungen und Gehaltsteigerungen jährlich dazu-

kommen und trotzdem bei gleichen Leistungen keine wesentliche Steigerung im Personalaufwand erkennbar war. Zukünftig können wir hier aber keine weiteren Reduktionen erwarten, denn das würde mit einer gleichzeitigen Leistungsverringerung der Stadt Wels einhergehen und das ist explizit nicht gewünscht.

Zum Schluss noch einige bedeutende Kennzahlen, die allesamt die erfolgreiche Finanzpolitik des Finanzreferenten bestätigen. Die Verschuldungsdauer ist erneut gesunken und beträgt nun 1,3 Jahre, die öffentliche Sparquote ist mit 7,8 % auf einem historischen Höchststand genauso wie die Eigenfinanzierungsquote von 104,1 %.

Von GR. Ganzert wurden zusätzliche Projekte angesprochen und in einer Krisenzeit ist das wichtig. Man muss sich hier aber schon fragen was es braucht und was es bringt und ob diese Projekte überhaupt abgearbeitet werden können. Wir wissen, wir haben ein riesiges Investitionsvolumen und müssen schauen, wie wir die beschlossenen Projekte abarbeiten können.

Der Rechnungsabschluss 2019 offenbart ein Rekordergebnis. Die Investitionen wurden aus den laufenden Überschüssen gedeckt und es wurden keine neuen Schulden aufgebaut. Trotzdem wurden mehr als 16 Mio. Euro investiert. Diese freiheitliche Budgetpolitik macht es erst möglich, dass man gerade in Zeiten wie jetzt, in einer der gravierendsten Gesundheits- und inzwischen auch in einer Wirtschaftskrise, wirklich wichtige volkswirtschaftliche Impulse in der Stadt setzen kann. So sieht eine nachhaltige Budgetpolitik aus, so sieht eine generationengerechte Budgetpolitik aus, so sieht eine freiheitliche Budgetpolitik in Wels aus.

GR. KR. Schönberger: Eigentlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, aber durch die Huldigungen vom Kollegen Schäfer fühle ich mich genötigt ein paar Worte zu sagen. Es ist ja Standard oder üblich seinen Finanzreferenten für die guten Rechnungsabschlüsse und Budgets zu loben, aber man soll nicht die Zahlen so lesen, wie man sie gerne lesen möchte, sondern so wie sie schwarz auf weiß hier zu Buche stehen.

Wenn jetzt von den Jahren 2014 bis 2019 ausgegangen wird so muss gesagt werden, dass unser Finanzreferent in diesen Jahren 130 Mio. Euro mehr zur Verfügung hatte als die Referenten vor ihm. Von den 72 Mio. Euro Sparkassenanteile haben wir 36 Mio. Euro zurückbezahlt. Aber aus den Bundesertragsanteilen haben wir 31 Mio. Euro erhalten und an Mehreinnahmen von Steuern wurden 27 Mio. Euro über diese Jahre kumuliert.

Es ist hier den tüchtigen Unternehmern zu danken für die ordentlichen Löhne, von denen letztendlich die Kommunalsteuer beglichen wird. Zu danken ist auch der Welser Bevölkerung. Am Ende des Tages blieb noch Geld übrig - Gratulation! Das ist auch gut so. Aber wenn es um die zu tätigen Investitionen geht, um aus der Krise zu helfen, dann geben sie das Geld den Welsern zurück. Geben sie das Geld den Beschäftigten in Wels zurück und denken sie nach, wie wir in Zukunft Aufträge der öffentlichen Hand vergeben. Wir müssen das Bestbieterprinzip so gestalten, dass wir die regionale Stärke ausspielen können und diese den Arbeitern, den Arbeitnehmern und den Unternehmern in Wels zugutekommen lassen. Es sollten nicht 500 km entfernte Unternehmen die Aufträge in Wels erledigen. Das wäre sehr umweltbewusst und ein echtes Krisenmanagement für die Stadt und die Region Wels. Es muss auf höherer Ebene interveniert werden, um die Vergaberichtlinien dementsprechend hinzubekommen und regional steuern zu können. Wir haben nicht nur riesige Transportunternehmen, die in

ihrer Leistungsfähigkeit sich vielleicht jeden Auftrag „erkaufen“ können. Wir haben viele Kleinunternehmer und auf diese müssen wir achten. Das ist die große Summe der Kommunalsteuerzahler, die jeden 15. d. M. ihr Geld überweisen, damit wir es hier im Gemeinderat verteilen können.

StR. Lehner: Es ist nicht sehr oft der Fall, dass ich mich inhaltlich Herrn GR. Schönberger absolut anschließen kann. Auch ich danke den Steuerzahlern, ich danke den Unternehmern, denn sie leisten Beiträge, die dieses gute Ergebnis ermöglichen. Ich gratuliere dem Bürgermeister, weil er im Vergleich zu allen anderen unheimliches Glück hat einmal im Jahr über sein Referat Bilanz ziehen zu können. Ja, für 2019 ist diese Bilanz hervorragend. Dazu leisteten viele einen Beitrag, wie die Mitarbeiter der Stadt Wels und wir als Kollegen in der Politik, im Gemeinderat und im Stadtsenat.

Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen auch der Kollegin StR. Josseck-Herdt Danke zu sagen und StR. Hoflehner, der in seinem Bereich eine großartige Bilanz über die asphaltierten Straßen und Verkehrsinitiativen ziehen könnte. Ebenso StR. Reindl-Schwaighofer, der im Kulturbereich sehr viel getan hat usw. usw. Alle im Stadsenat Tätigen könnten heute Bilanz ziehen, haben aber ein Referat, welches diese Maßnahme nicht vorsieht. Daher ein Dank an alle, dass wir gemeinsam einen Weg gefunden haben zu budgetieren.

Das Sahnehäubchen waren die großartige Konjunktur und die Betriebe. Wir hoffen auch nach der Corona-Krise auf eine gute Konjunktur. Zu deinem Satz, lieber Andreas, „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ möchte ich dich beim Wort nehmen. Jetzt haben wir eine Not und diese Gelder brauchen wir ganz dringend um die Wirtschaft in Wels wieder in Schwung zu bringen. Meine Mittel (TOP 8.) bei der Wirtschaftsförderung sind ziemlich ausgeschöpft. Es benötigt hier weitere Initiativen auch im Bereich der Wirtschaft. Ich brauche etwas von diesen 16,7 Mio. Euro für die Betriebe, für die Mitarbeiter und auch für die Lehrlinge, die in diesen Betrieben auszubilden sind.

GR. Mag. Teubl: Wir werden diesem Rechnungsabschluss als GRÜNE-Fraktion auch zustimmen, weil ein sehr gutes Ergebnis enthalten ist. Ich wollte das Ergebnis auch entsprechend würdigen, aber mittlerweile ist die Luft hier schon so Weihrauchgeschwängert, dass ich das unterlassen kann. Es ist gut, die Verschuldungsdauer beträgt nur mehr 1,3 Jahre und wir haben eine Finanzspitze von 6,1 %. Das werden wir auch brauchen.

Es ist deshalb so gut ausgefallen in diesem Jahr, weil einfach die Einnahmen aufgrund der guten Wirtschaftslage so hoch waren. 4,3 Mio. Euro mehr bei den Ertragsanteilen, 2,2 Mio. Euro mehr an eigenen Steuern, macht schon einmal 6,5 Mio. Euro Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr aus. Und im Jahr davor war schon sehr viel Geld da. Es war tatsächlich eine ausgezeichnete Situation und es konnte mit diesem Geld sehr viel gemacht werden. Von den Sparkassenrücklagen möchte ich gar nicht mehr sprechen.

Es war viel möglich und das ist auch gut so ein Ergebnis ohne Schulden zu haben, bei dem die Gesamtverschuldung inzwischen auf 21,8 Mio. Euro gesunken ist – der niedrigste Wert seit einem Jahrzehnt. Auch das muss einmal gesagt werden, denn das werden wir brauchen. Die Corona-Krise wird eine Wirtschaftskrise nach sich ziehen und es werden die genannten Zahlen im nächsten Jahr nicht mehr so gut aussehen. Es stellt

sich die Frage was man tun kann? Welchen Spielraum wird man haben oder welche Art von Budgetpolitik wird man in diesem und dem kommenden Jahr machen müssen, damit wir gut aus dieser Krise herauskommen?

Der Herr Bürgermeister sprach über das Kommunalinvestitionspaket des Bundes in Höhe von 1 Mio. Euro. Meine Informationen gehen dahin, dass der Aufteilungsschlüssel genauso wie 2017 sein wird, d.h. nach meiner überschlagsartigen Berechnung wären das ca. 7,5 Mio. Euro mehr – aber schauen wir einmal!

Es wird auf alle Fälle viel Geld an die Gemeinden fließen und auch Wels wird viel Geld vom Bund bekommen. Das muss auch einmal gesagt werden, der Bund denkt sehr wohl in dieser Situation an die Gemeinden. Die Gemeinden sind in den letzten Jahrzehnten tatsächlich mit immer mehr Aufgaben betraut worden und haben bei der Verteilung der Geldmittel vom Bund nicht unbedingt so viel mehr bekommen. Aber dieses Paket wird eine Möglichkeit schaffen doch auch in diesem und im nächsten Jahr tüchtig zu investieren.

Ihrer Presseaussendung konnte entnommen werden, es gab ein Gespräch der im Stadtsenat vertretenen Fraktion darüber welche Investitionen gemacht werden und welche nicht in dieser Situation. Ich finde es sehr schade, nicht einmal in solch einer Krisensituation werden die Oppositionsparteien - die GRÜNEN und die NEOS - miteinbezogen, denn es ist noch keine Planung an einem Zuviel an Ideen gescheitert. Man hätte das durchaus aufnehmen können. Wir müssen uns wieder einmal mit Informationen zufriedengeben, die wir aus irgendwelchen Pressemitteilungen entnehmen können.

Wenn laut Amtsblatt von 30 Mio. Euro an Investition ausgegangen wird, dann ist das natürlich wieder so ein typischer PR-Schmäh, wie er in letzter Zeit ständig von der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wels lanciert wird. Natürlich geht es hier um zwei Jahre, um das Doppelbudget 2020/21 und es geht in Wirklichkeit um 28 Mio. Euro und nicht um 30 Mio. Euro, daher um 14 Mio. Euro pro Jahr. Heuer investierten wir 16,5 Mio. Euro. Daher ist das - wenn es so käme - keine Jubelmeldung, sondern eine Verringerung um 2 Mio. Euro an Investitionstätigkeit.

Das brauchen wir in dieser Situation nicht. Wir brauchen tatsächlich ein Investitionsprogramm, das die Wirtschaft belebt - ein antizyklisches Investitionsprogramm. Wir dürfen im nächsten Jahr durchaus bei der Präsentation des Rechnungsabschlusses mit Schulden einverstanden sein. In dieser Situation wird eine Überlegung der Investitionen notwendig sein.

Mich stimmte besonders traurig, dass ich im Verkehrsausschuss erfahren musste, dass u.a. beim Straßenbauprogramm ausgerechnet die Radwege schwer gekürzt wurden. Es blieb nur der fertige Radweg in der Dragonerstraße übrig, alle anderen wurden gestrichen. Drei Tage später wurde in einer Pressemitteilung aus dem Rathaus behauptet, dass 500.000 Euro für Radfahrwege ausgegeben werden. Wieder so eine sich auf zwei Jahre beziehende Rechnung und das meiste davon wird 2021 geschehen; 2020 passiert eben fast gar nichts. Solche Investitionsprogramme sind nicht der richtige Weg. Gerade in diesen Bereichen, wo es nicht nur um die Bekämpfung der zur erwartenden Rezession der Auswirkungen der Corona-Krise geht, sondern auch um die Klimakrise.

Wir müssen in dieser Situation die Dinge zusammendenken und Investitionen tätigen, die uns weiterhelfen in Bezug auf die Verringerung der Klimabelastung einerseits und andererseits aber gleichzeitig arbeitsplatzintensiv sind und die Wirtschaft stärken. Das gibt es in sehr vielen Bereichen. Da fehlt mir – ehrlich gestanden – noch etwas der Mut.

StR. Hoflehner: Ich möchte etwas richtigstellen, weil alle die mich kennen wissen, dass ich grundsätzlich ein sehr geduldiger Mensch bin. Jetzt habe ich mir das sooft angehört und zitiere zur Richtigstellung aus dem Protokoll des letzten Verkehrsausschusses. Es steht, dass das Straßenbauprogramm im Bereich der Radwege noch einmal geändert wird, weil auf Seiten des Bundes von der Frau Bundesministerin Leonore Gewessler, BA ein eigenes Investitionsprogramm in Aussicht gestellt – in der Zwischenzeit auch beschlossen – wurde und wir gerade in Vorbereitung sind dort Projekte einzureichen. Diese wollen wir im Sinne der Finanzpolitik der Stadt Wels nach Möglichkeit fördern lassen. Ich möchte mir jetzt nicht zum 50-ten Mal nachsagen lassen, wir kürzen oder machen sonst etwas!

Die Rechnung der GRÜNEN – ich dachte mir wir sind hier Partner – hat einmal mit 70.000 Euro angefangen und jetzt sind wir schon bei 134.000 Euro. Ich sagte im letzten Verkehrsausschuss - und so wurde es auch protokolliert -, dass sich sicherlich noch etwas ändern wird. Geschuldet ist das im Wesentlichen der Bundesfinanzierungspolitik. Wir wissen jetzt alle noch nicht was aufgrund von Corona weiter passieren wird.

Aber im Wesentlichen geht es darum – dazu stehe ich auch –, dass ich in die Radwege nicht weniger investieren möchte wie der Bund bereit ist dafür auszugeben. Das ist für mich wichtig, ist die letzten Jahre immer wichtig gewesen. Ich hätte darum gebeten das endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen!

Bgm. Dr. Rabl: Ich beginne gleich beim Kollegen Mag. Teubl, der heute aus meiner Sicht einen historischen Tag versäumte. Es wäre der erste Tag gewesen, an dem ich Lob von ihm bekommen hätte. Herr Mag. Teubl, vielleicht können wir das auf die letzte Gemeinderatssitzung in dieser Periode verschieben, auch da wäre es mir naturgemäß recht, denn sie wissen gar nicht wie viel Lob ich vertragen kann.

Zur Richtigstellung betreffend Radwege rechne ich ihnen gerne vor, dass es tatsächlich mind. 500.000 Euro sind, die wir in den nächsten zwei Jahren investieren. Ich sprach mit StR. Hoflehner darüber, wenn es ein Investitionsförderprogramm von Seiten des Bundes in diesem Bereich gibt, wird es sofort eine Bewerbung der Stadt Wels geben. Dr. Pichler bereitet dafür alles vor, weil es das Prinzip „first come, first served“ geben soll. Diese Mittel, die wir daraus lukrieren können, werden dann noch obendrauf gelegt.

Ich sagte schon oft ihre Aussagen sind unrichtig. Sie lassen sich nicht abbringen und ich muss es zur Kenntnis nehmen. Aber diese Information ist einfach falsch. Vielleicht ergibt sich irgendwann die Möglichkeit und sie kommen einfach zu mir, um sich das erklären zu lassen.

Die Investitionen insgesamt belaufen sich auf 28 Mio. Euro für die nächsten zwei Jahre. Das ist richtig. Sie haben allerdings den Kaiser-Josef-Platz nicht miteingerechnet, dieser wurde nicht budgetiert. Hier gehen wir von einem Investitionsvolumen von weiteren 5 Mio. Euro aus. Es erübrigt sich in diesem Zusammenhang die Rechnung, weil wir trotz

Corona Investitionen naturgemäß die letzten Jahre tätigten. Die Kaiser-Josef-Platz-Investition kommt also noch dazu und auch die Investitionen in die Radwege sind noch nicht dabei.

Lieber Karl, wenn du von Mehreinnahmen sprichst, hast du völlig Recht. Aber - du weißt - es gibt in Österreich auch so etwas wie eine Inflation. Es kann nicht gesagt werden 100 Mio. Euro mehr eingenommen zu haben und die Ausgaben blieben gleich. Wir schafften es im Personalbereich, im Sachbereich nicht immer. Die Aufgaben sind mehr geworden, weshalb wir wissen wie wir das zu betrachten haben.

Zur Frage, ob wir den Welsern Geld zurückgeben, so tun wir das aus meiner Sicht. Wir investieren gerade in Bereiche, welche die Welser von uns verlangen und wollen. Das betrifft überwiegend den Bereich Kinderbetreuung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Schaffung wirtschaftlicher Impulse durch Investitionen, weshalb wir das tatsächlich auch tun.

Zu StR. Peter Lehner betreffend „Bilanz zu ziehen“ glaube ich, dass ein Rechnungsabschluss die in Zahlen gegossene Leistungsbilanz aller Referenten ist, weil daraus abgelesen werden kann, wie fleißig und tüchtig die Referenten in ihren jeweiligen Bereichen waren. Dieses Ergebnis wäre ohne Hilfe der Regierungskollegen – jeder in seinem Bereich - nicht möglich gewesen. Es geht nicht nur darum Projekte umzusetzen, sondern diese wirtschaftlich und sparsam umzusetzen. Alle Referenten haben dazu beigetragen und haben sparsam, wirtschaftlich und bestmöglich ihre Projekte umgesetzt. Das kann dem Rechnungsabschluss entnommen werden, weil nicht alle budgetierten Projekte tatsächlich in voller Budgetsumme ausgeschöpft wurden.

Wir wissen wir budgetieren oft sparsam, legen aber die Projekte mit einem Sicherheitspolster an, weil nichts peinlicher ist - auch für den jeweiligen Referenten - im Gemeinderat zu sitzen und mit dem Geld nicht auszukommen. Wird diese Reserve nicht ausgeschöpft, so fällt der Rest wieder zurück in den Gesamtopf. Auch das ist ein Grund warum die Sachausgaben nicht in diesem Umfang ausgeschöpft wurden und wir uns daher gegenüber dem Budget etwas sparten. Insofern ist diese Leistungsbilanz aus diesem Rechnungsabschluss schon ersichtlich.

Die Thematik der Wirtschaftsförderung diskutierten wir schon öfter und mir ist klar, dass in diesem ersten Schritt das Budget von dir (StR. Lehner) verbraucht wurde. Wir verständigten uns darauf bei Vorhandensein von sinnvollen Projekten muss dieser Bereich nachjustiert werden, weil es einfach derzeit notwendig ist. Ich sage es noch einmal: Wir werden die Wirtschaft der Stadt Wels alleine nicht retten können. Das brauchen wir auch gar nicht, sondern es geht um Teilunterstützungen. Diese sind in Bereichen des Handels und der Gastronomie schon geschehen und vielleicht fällt uns das eine oder andere Gute in diesem Zusammenhang ein.

Die Investitionstätigkeit insgesamt betreffend investieren wir um 25 % mehr als ursprünglich vorgesehen. Das heißt, wir haben das Budget sehr wohl um diese 5 Mio. Euro für den Kaiser-Josef-Platz aufgestockt.

Bleiben wir verantwortungsvoll im Rahmen dessen was wir budgetär bewältigen können. Wir strecken uns ohnehin nach der Decke, aber es wird nicht alles gehen und wenn, wird es nur gemeinsam gehen.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

3.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2020 und
Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2021;
Änderungen der haushaltsrechtlichen Vollzugsbestimmungen
FD-Fin-100-2019

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 12.05.2020:

Folgende Änderung der haushaltsrechtlichen Vollzugsbestimmungen zum Voranschlag 2020 und Voranschlag 2021 der Stadt Wels

„4. Subventionen:

Subventionsbeträge bis zu einem Betrag von EUR 1.000,-- können grundsätzlich nach Anforderung zur Gänze ab 01.01. des Jahres ausbezahlt werden, solche mit einem Betrag über EUR 1.000,-- sind *grundsätzlich* mindestens in zwei gleichen Teilbeträgen ab 01.03. bzw. ab 01.08. des Jahres auszuzahlen *bzw. kann das zuständige Organ (gemäß § 47 (3) Z.7 bis EUR 50.000,-- der Stadtssenat) bei Beschlussfassung der Subvention einen anderen Auszahlungstermin festlegen.*“

wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2020/005

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 12.05.2020

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2020/006

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 12.05.2020:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

6.)

GR-Kreditoperation gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2020/007

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 12.05.2020:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlagen 1 und 2) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 3 und 4) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

GR. Spindler, GR. Ganzert, GR. Mag. Humer und GR. Mag. Brenner-Nerat sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

7.)

Kornspeicher Wels; Abänderung der Subventionsvereinbarung
mit der Theater Kornspeicher Gemeinnützige Betriebs GmbH (in Gründung),
Wels, Freiong 15;
BK-K-50-2020

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 11.05.2020:

Der beiliegende 1. Nachtrag zur Subventionsvereinbarung (beschlossen am 03.06.2019) über die Gewährung einer einmaligen Erhöhung der Subvention um EUR 20.000,-- im ersten Jahr und die Herstellung der Barrierefreiheit des Kornspeichers bis Ende 2020, wird beschlossen.

GR. Schatzmann: Als Bezirksobmann des Zivilinvalidenverbandes danke ich allen mitwirkenden Beteiligten, dass nach so langer Zeit und nach Beanstandung unseres Sachverständigen, Ing. Hannes Wiesinger, ein barrierefreier Zugang zum Kornspeicher ermöglicht wird. Das Vorziehen der Subvention ins heurige Jahr für den barrierefreien Zugang ist eine gute Investition für Menschen mit Behinderung, denen es bis jetzt nicht möglich war die Veranstaltungen im Kornspeicher zu besuchen.

Laut Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz vom 01.01.2006, § 4 Abs. 1, darf niemand aufgrund einer Behinderung unmittelbar oder mittelbar diskriminiert werden. Das Gesetz sieht u.a. auch die Sicherstellung einer barrierefreien Nutzung bei Um- und Neubauten im gesamten öffentlichen Bereich einschließlich des öffentlichen Verkehrs und der Verkehrsflächen vor. Dabei gelten bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung sowie andere gestaltete Lebensbereiche dann als barrierefrei, wenn sie für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind. (§ 6 Abs. 5 Behindertengleichstellungsgesetz).

Darum danke ich nochmals für den jetzt ermöglichten barrierefreien Zugang zum Kornspeicher – Gratuliere!

StR. Hoflehner: Dem anwesenden Peter Kowatsch möchte ich gratulieren und sehr viel Glück wünschen. Glück alleine bringt es nicht, daher natürlich auch dementsprechende Umsätze und die Unterstützung der Stadt Wels.

Als Verkehrsreferent melde ich mich jetzt zu Wort. Es wäre ganz toll, wenn wir den hoffentlich fußgängerbesetzten Stadtplatz und andere Plätze und Straßen von Künstlern im Rahmen des WAKS im Sommer bespielen könnten. Hier fällt mir spontan Gunter Köberl ein – ich denke wir könnten hier irgendetwas machen.

GR. Wiesinger: Im Namen der ÖVP-Fraktion und auch persönlich: Danke, lieber Peter für dein Engagement! Die Herstellung der Barrierefreiheit wäre für nächstes Jahr geplant gewesen und es ist nicht selbstverständlich, dass ein Kulturschaffender hergeht und das vorzieht. Herzlichen Dank dafür! Um den Kornspeicher mache ich mir keine Sorgen, denn wer das Herzblut von Peter Kowatsch für das WAKS kennt weiß, der Kornspeicher wird eine Erfolgsgeschichte. Alles Gute!

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

8.)

Wirtschaftsförderung Wels COVID-19 „Sofort Hilfe Fonds“
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
FD-Fin-COVID-19-2020

Der Antrag (Anlage 12) lautet:

1. Die Stadt Wels richtet aufgrund der COVID-19-Krise einen „Sofort Hilfe Fonds“ nach Maßgabe der verfügbaren Mittel für eine unbürokratische Soforthilfe für Welser Unternehmen ein.
2. Voraussetzung für die Zuschussgewährung ist, dass ein schriftliches Ansuchen gestellt wird und die unter Pkt. 2.1. des gegenständlichen Amtsberichtes angeführten Kriterien/Bedingungen erfüllt sind.
3. Die Anträge werden nach dem Prinzip „first come, first serve“ bearbeitet und bei Erfüllung der Voraussetzungen/Kriterien wird ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von max. € 1.000,-- pro Unternehmen nach Maßgabe der verfügbaren Mittel durch das nach der Geschäftseinteilung sachlich zuständigen Mitglied des Stadtsenates, das ist Stadtrat Peter Lehner, in Abstimmung mit Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger gewährt.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992 idgF durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Hufnagl: Ich erlaube mir jetzt offiziell hier anscheinend den Wahlkampf zu eröffnen, weil bereits zu Beginn der Sitzung bemerkbar war, dass Personen in Stellung gebracht werden. Es stellt sich die ÖVP-Fraktion gegen die FPÖ-Fraktion etwas auf die Füße und die FPÖ-Fraktion lobt sich natürlich extrem selbst. Schlechte Nachricht – der Livestream funktioniert nicht -, deshalb haben es nicht so viele wie erwartet gesehen.

Vielleicht ist diesem Wahlkampfauftakt etwas anderes geschuldet. Wir NEOS veröffentlichen letzte Woche eine Forderung im Zusammenhang mit der Kommunalsteuer und heute wurde interessanterweise während der Gemeinderatssitzung in einer Pressemitteilung der Stadt erklärt, dass diese Forderung schon längst erfüllt sei. Freut mich in der Sache, kann so, muss aber nicht so gemacht werden, um mit „Filzmaiers Worten“ zu reden.

Wir NEOS sagten den Unternehmern fehlt die Liquidität. Das ist aktuell das große Problem. Diese fehlt ihnen deswegen, weil die Beihilfen für die Kurzarbeit nicht ausbezahlt werden. Wir hören täglich aus den Medien, dass tausende Anträge gestellt wurden und nur ein kleiner Prozentsatz davon ausbezahlt wurde. Viele Unternehmer

wissen nicht mehr ein und aus, weil in den nächsten Wochen das Urlaubsgeld fällig wird - dieses muss vorfinanziert werden.

Ich las über das Millionen-Hilfspaket für die Welser Wirtschaft. Als Unternehmer hätte ich mich etwas gefrotzelt gefühlt. Es wird hier max. 1.000 Euro pro Unternehmer zurückgegeben. In Wirklichkeit zahlen die Unternehmer fast 44 Mio. Euro jährlich zum Budget der Stadt Wels dazu. Wenn ich dann in solch einer Krise um 1.000 Euro Förderung ansuchen muss, denke ich die Stadt könnte mehr tun. Rechts muss die Kommunalsteuer bezahlt werden und links erhält man 1.000 Euro zurück. Ein Unternehmen mit 10 Mitarbeitern zahlt im Monat schon mehr Kommunalsteuer als 1.000 Euro, hier herrscht einfach ein Missverhältnis.

Es freut mich umso mehr, dass die Stundung der Kommunalsteuer schon gewährt wird, allerdings war in den Medien und Pressekonferenzen davon wenig zu lesen, genauso wie vom Millionen-Hilfspaket für die Welser Wirtschaft. Toll wäre es, wenn die Welser Unternehmer etwas davon mitbekommen würden. Es interessiert mich wie viele Unternehmer hier schon eine Hilfe beantragt haben. Vielleicht wissen es die meisten einfach nicht. Vielleicht habe auch ich es übersehen. Aber vielleicht sollte es mehr veröffentlicht werden, denn die Stadt Linz hat das wunderbar auf der Homepage veröffentlicht bzw. es stand in allen Medien. Bis letzte Woche Freitag habe ich nichts gefunden wie das beantragt werden kann und wie das funktioniert.

Die zweite Forderung der NEOS betrifft die Möglichkeit zur Rückzahlung der Kommunalsteuer in der Höhe von einem Monat. Es soll den Unternehmern ein Monat zurückgezahlt und eine Vereinbarung getroffen werden, damit diese dann in den nächsten 24 bis 36 Monaten im Zuge der erhöhten Kommunalsteuerzahlungen zurückgezahlt werden können. So etwas wäre wichtig, weil die Unternehmer hier relativ schnell und einfach Geld zur Verfügung haben und sie dadurch etwas leichter über die Runden kommen bis die anderen Hilfen fließen.

Vielleicht würde das andere Förderungen minimieren, aber das ist dann eine unternehmerische Entscheidung, ob ich Hilfe von der Stadt Wels in Anspruch nehme oder ob ich warte irgendwann einmal Geld zu bekommen. Diese Entscheidung ist einem Unternehmer sehr wohl zuzutrauen. Laut unseren Berechnungen kann das bis zu 4,5 Mio. Euro kosten, wenn alle Unternehmer das in Anspruch nehmen würden – davon ist aber nicht auszugehen. Ich sehe es als Investition, die jetzt getätigt wird, um das langfristige Überleben der Unternehmen sicherzustellen.

Wir hörten heute schon von Investitionen in die Straßen, Investitionsprogramm etc. Das sind aber Dinge, die irgendwann einmal kommen. Dadurch werden Arbeitsplätze und Umsätze geschaffen, aber den Firmen fehlt jetzt das Geld. Jetzt brauchen sie die Hilfe und nicht irgendwann. Dahingehend sollte über solche Maßnahmen nachgedacht und in dieser Richtung etwas getan werden.

Generell zum Millionen-Hilfspaket der Stadt Wels: Kollege Mag. Teubl sprach in einem anderen Zusammenhang schon von einem Mogelpaket. Bei genauer Durchsicht kommen mir Zweifel, weil nur sehr wenige Unternehmer davon profitieren können. Ein Erlass der Miete von der Heimstätte, weil das Büro behördlich geschossen wurde, kommt nur wenigen zugute. Der Hilfsfond der Wels Strom GmbH ist für Unternehmer,

die schon in Konkurs gegangen sind, und das Erlassen des Gastgarten-Nutzungsentgeltes sind einzelne sinnvolle und richtige Maßnahmen.

In Summe wird ein breiteres Engagement der Stadt benötigt. Ich denke, das wäre eine wichtige Investition. Wenn Unternehmen eine Stundung beantragen können, ist das ein Schritt. Aber meine Bitte wäre die Rückzahlung zu überdenken, weil das eine wichtige Maßnahme wäre. Ansonsten stimmen wir diesem Antrag zu. Es ist ein kleiner Schritt, aber bei weitem nicht genug.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ich möchte auf alle Fälle ein paar Richtigstellungen machen, weil einige Dinge hier nicht so dargestellt wurden, wie sie wirklich sind. Den Gemeinderat möchte ich aber nicht überstrapazieren und erklären, welche Hilfspakete es vom Bund gibt. Ich gebe ihnen vollkommen Recht, dass liquide Mittel momentan das wichtigste für Unternehmen sind. Aber die Stadt Wels kann nicht die Wirtschaft ganz alleine retten, dazu sind wir viel zu finanzschwach. Für uns als Stadt war es vor allem wichtig liquide Mittel so schnell und unbürokratisch wie möglich zur Verfügung zu stellen. Das schafften wir. Allerdings war es uns nicht möglich den Soforthilfe-Fonds so auszuzahlen wie wir das möchten, weil eine Doppelförderung durch den Bund nicht gegeben ist.

Ich muss ihnen leider widersprechen, denn ich finde es nicht richtig, wenn wir 1.000 Euro einem Unternehmer geben und wir von vornherein schon wissen, dass er den Betrag sicher zurückzahlen muss, wenn er den Härtefallfond in Anspruch nimmt – auch jetzt beim Fixkostenzuschuss. Hier bin ich der Meinung wir müssen als Stadt verantwortlich handeln und neue Wege suchen, um den Unternehmern die liquiden Mittel geben zu können, damit wir die 1.000 Euro zur Verfügung stellen können. Das haben wir mit den unterschiedlichen Aktionen gemacht, wie mit der 20 %-Aktion oder der Gastromeile. Wir schauen noch wie wir im Dienstleistungsbereich vorgehen möchten. Das ist ein Vorgehen wo ich sage, wir haben schnell und unbürokratisch gehandelt.

Natürlich sind viele Stundungsansuchen für die Kommunalsteuer eingelangt. Wir werden das natürlich positiv beurteilen. Sie bekommen die Informationen von der Wirtschaftskammer samt den Formularen dazu und es wurde überall sehr oft darüber geschrieben wo etwas erhältlich ist. Also, dass wir hier nicht informiert haben, finde ich nicht!

Wir haben als Stadt Wels ein sehr gutes und ein schnelles Zeichen für die Unternehmer gesetzt indem wir sagten ihre Not zu verstehen, denn 1.000 Euro sind für ein Ein-Personen-Unternehmen sehr viel. Damit kann er sich eine Zeit lang über Wasser halten.

GR. Mag. Schininger: Herr Kollege Hufnagl, ich kann manches von ihnen Gesagte unterstreichen, vieles aber nicht. Vor allem erkenne ich hier im Gemeinderat im Moment keinen Wahlkampf. Was sie erkennen, ich weiß es nicht. 1.000 Euro Soforthilfe mag nicht nach viel klingen. Aber mein verstorbener Opa hat im übertragenen Sinn gemeint: „Einen Tausender haben und nicht haben sind zwei Tausender.“ Ich denke, ein Tausender kann für den einen oder anderen durchaus hilfreich sein.

Bei meiner ersten Wortmeldung hier im Gemeinderat darf ich im Gegensatz zum Kollegen Mag. Teubl auch Lob aussprechen. Ich laufe jetzt nicht mit dem Weihrauchfass durch die Gegend, aber ich darf Lob an die Stadtregierung aussprechen, im Besonderen auch an den Herrn Bürgermeister, an Stadtrat Lehner und an Herrn Jungreithmair vom Welser Stadtmarketing. Herr Bürgermeister, sie sagten sie vertragen nicht genug Lob, aber gewöhnen sie sich nicht daran, weil irgendwann der Wahlkampf kommt und hier werden wir nicht immer loben sondern wahrscheinlich in die andere Richtung tätig sein.

Mich freut es wirklich, dass im Welser Krisenstab so gut zusammengearbeitet wurde und dass es über weite Strecken einen Schulterchluss gab. Hin und wieder hat man das Gefühl Teil dieses Schulterchlusses zu sein. Ich bin froh, dass gute Vorschläge unserer Stadtsenatsmitglieder und unseres Fraktionsvorsitzenden in die Überlegungen aufgenommen und auch umgesetzt wurden. Ich möchte hier nur - es gibt den Wettstreit Vzbgm. Raggl-Mühlberger und Vzbgm. Huber – den Krisenfond für die Bürger der Stadt erwähnen.

Das eigentliche Lob gibt es für mich für die Umsetzung der Zahlungen aus dem Soforthilfe-Fonds für Welser Unternehmer. Der Fond des Bundes und der Unterstützungsfond der Stadt stehen miteinander in direkter Korrelation. Bekommt man aus dem einen Fond etwas, bekommt man aus dem anderen Fond automatisch nichts und umgekehrt. Hier wurde aus meiner Sicht von Seiten der Verantwortlichen der Stadt eine sehr gute und sehr kreative Idee geboren, indem die Welser Unternehmer auf sehr unbürokratische Art und Weise zum Unterstützungsgeld kommen ohne eventuelle Zahlungen des Bundes auszuschließen. Ein sehr toller und kreativer Zugang war, Unternehmen in der Eröffnungswoche der Geschäfte, die an der 20 %-Aktion teilgenommen haben, mit 1.000 Euro zu belohnen. Sehr vorbildlich auch den am größten Gastgarten Europas teilnehmenden Gastronomen Unterstützung zukommen zu lassen.

Es bleiben noch die Dienstleister, Handwerker und ähnliche. Lassen sie uns hier gemeinsam überlegen, wie wir diese unterstützen können. Handwerkerbonus, Gutscheinkonzepte usw. – hier gilt es weiter gemeinsam kreativ zu sein.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

StR. Lehner: Danke Christa für die Richtigstellungen, danke Mag. Klaus Schininger für das Lob und die Anerkennung dieser kreativen Lösungen! Für das Protokoll muss ich ganz klar sagen, wir haben den Betrieben keine Unterstützung zukommen lassen, sondern wir haben mit den Gastgewerbebetrieben und auch mit den Händlern Werbekooperationen in Form von ganz transparenten Verträgen geschlossen. Diese Verträge haben es uns ermöglicht mehr Kunden in die Stadt und zu den Geschäften in Wels zu bringen. Das war uns wichtig und wurde formal korrekt abgewickelt.

Lieber Markus Hufnagl, du solltest vielleicht deine Distanz zur Kammer und die Kritik an der Wirtschaftskammer etwas reduzieren und deren Mails und Briefe entsprechend lesen, denn dann wäre dir die Möglichkeit der Kommunalsteuerstundung bekannt. Das wurde sogar mit Formular an die Betriebe geschickt. D.h. die Dinge, die einem zu Teil werden auch annehmen, nicht nach Kritik suchen, sondern auch nach dem Positiven und Funktionierenden bzw. sich Anbietenden schauen.

Wir bieten das an. Wir hatten schon einen Betrieb, der so viel Kommunalsteuer gestundet bekam, dass dazu sogar ein Stadtsenatsbeschluss nötig war. Alle anderen Stundungen unter der Stadtsenatsbeschlussgrenze wurden auch anstandslos genehmigt. Danke dafür an die Fraktionen! Rechtlich kann diese Abgabe an die Stadt Wels nicht einfach zurückgeführt werden. Dadurch können wir zu den Betrieben nicht sagen, dass sie die Kommunalsteuer zurückerhalten, weil sie Liquiditätsengpässe haben. Wenn wir das machen, dann ist das eine Förderung, weil wir Abgaben nicht einfach zurückgeben können. Dann reduzieren sich – wie schon angesprochen – Bundesförderungen.

Und nein, das ist keine unternehmerische Entscheidung, ob ich Bundesförderung oder Stadtförderung in Anspruch nehme. Hier haben wir als Gemeinde- und Stadtsenatsräte dafür Sorge zu tragen, dass wir das Steuergeld der Welser so sorgfältig verwalten und nutzen, dass es nur dann zum Einsatz kommt, wenn nicht alternativ Bundesmittel zur Verfügung stehen. Darum bemühten wir uns mit aller Kreativität und Kraft und es ist uns gut gelungen. Dazu stehe ich, denn es ist ein Unterschied, ob wir den Bund fördern oder die Unternehmer. In diesem Fall wollen wir die Unternehmer fördern und das ist nicht deren Entscheidung, sondern die Entscheidung der Politik hier in der Stadt Wels.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 65) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 30)
BZ-BauR-5009-2016

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 04.05.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (65. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (30. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2016 (Änderung Nr. 66) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 29)
BauR-269-05-9-2019

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 04.05.2020, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (66. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (29. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin MMag. Stefanie Rumersdorfer

11.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend „Essbare Stadt“
Verf-015-I-8-2020

GR. MMag. Rumersdorfer: Unser Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt lautet, die Stadt Wels überprüft Standorte für die Errichtung von (Hoch-) Beeten für die „Essbare Stadt“. In vielen Städten Österreichs, aber auch in großen Städten Deutschlands wie in Köln gibt es das Projekt „Essbare Stadt“. Wir kennen es ja alle. Der Beginn war 2014 anlässlich einer Tagung der Blumenmesse. Hier wurden verschiedenen Möglichkeiten zur Projektumsetzung vorgestellt. 2015 wurden dann schon Beete aufgestellt, die von einem Jugendprojekt gebaut und von einem Verein betreut wurden. Allerdings hat 2016 dann die Stadt beschlossen, diese Initiative nicht mehr finanziell zu unterstützen und leider sind die Hochbeete dann nach und nach verschwunden.

Im Internet sind dazu unzählige Initiativen kleinerer und größerer Gemeinden aufgelistet, diese wurden teilweise ausgezeichnet, denn der Trend zum „Urban Gardening“ ist ungebrochen. Es wäre jetzt an der Zeit nach diesem Shutdown dieses Projekt in Wels wiederzubeleben, denn die Nachfrage nach biologischen und regionalen Lebensmitteln ist gestiegen. Das zeigen die Zahlen. Der Wunsch nach selbst gezogenem Obst und Gemüse steigt. In einer Stadt ist das nicht immer so leicht, weil nicht jeder einen Balkon hat.

Es gibt bereits sehr viele Ansätze aus ganz vielen Gemeinden, wie innerhalb eines dicht besiedelten Gebiets der Zugang im öffentlichen, halb öffentlichen oder privaten Bereich zu essbaren Pflanzen zur Verfügung gestellt werden kann. Ich bin mir sicher, wir finden hier auch etwas Passendes für die Stadt Wels. Denn mit diesem Projekt können mehr zukunftsfähige Themen bearbeitet werden, wie die Rückeroberung und sinnvolle Nutzung des öffentlichen Raums, die Wertschätzung biologischer und regionaler Lebensmittel (Zurück zur Natur) und der Focus kann auf Natur und Umweltschutz gelegt werden. Darüber hinaus kann die Bewusstseinsbildung der Bürger für all diese Themen, angefangen von den Krabbelstubenkindern bis zu Jugendlichen in den höheren Schulen und auch darüber hinaus gestärkt werden.

Liebe Kollegen, unterstützen sie gemeinsam mit uns diesen Antrag, beleben wir dieses tolle Projekt neu. Es schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern es könnte auch ein Jugendprojekt daraus entstehen - es folgt dann noch ein Antrag zur Jugendbeschäftigung. Lassen sie uns unseren öffentlichen Raum sinnvoll nutzen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Wie sie bereits hörten gab es 2015 ein Projekt „Essbare Stadt“. Wir haben fünf Beete aufgestellt. Die Stadt hat dieses finanziell unterstützt; in den Jahren darauf durch die Stadtgärtnerei. Das ganze Projekt wurde gemeinsam mit Herrn Stefan Heine und seinem Verein ins Leben gerufen. Es gab sehr viele Beschwerden, weil die Beete nicht gegossen, nicht gepflegt und nicht geerntet worden sind. Somit mussten wir leider 2018 die Hochbeete wieder entfernen.

Ich weiß nicht, ob von ihnen schon jemals jemand dort war. Seit 2004 haben wir einen wunderschönen Obstgarten mit 70 verschiedenen Obstbäumen, die auch von Kindern und Schulkindern besucht werden. Allerdings glaube ich, geerntet hat von dort noch niemand von ihnen etwas. Unter meiner Zuständigkeit wurde von einem Verein das Obst geerntet, dieser Garten von der Stadtgärtnerei gepflegt, aber die Ernte wurde nicht verwertet.

Erwähnen darf ich, dass 2013 im Gemeinderat im Beschluss der Planungsrichtlinien die Pflanzenverwendung für Parkanlagen beschlossen wurde: „Wo dies möglich und sinnvoll ist wird projektbezogen auf die Pflanzung von Obstbäumen, Wildobstgehölzern, Obstgehölzern, Beerensträuchern und ähnlichen Bedacht genommen.“ Auch hier haben wir bei den Planungsrichtlinien schon daran gedacht, dass wir das Thema „Essbare Stadt“ in diesem Bereich umsetzen.

Aufgrund der Tatsache, dass das Projekt damals leider scheiterte und wir dafür immer einen Verantwortlichen, der sich um die Beete kümmert, brauchen, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 15) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird

einstimmig angenommen.

GR. Dr. Csar verlässt die Sitzung um 17.40 Uhr.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend „Pakt für bessere Beschäftigungschancen für die Jugend im Bezirk Wels“ und Aktivierung des Netzwerkes für Jugend
Verf-015-I-9-2020

StR. Reindl-Schwaighofer: Dieser Dringlichkeitspunkt wurde heute schon in einem anderen Tagesordnungspunkt angesprochen. Zur Dringlichkeit möchte ich sagen, wir

haben eine Pandemie, die sich aus gesundheitspolitischen Aspekten etwas entspannt hat. Wir diskutieren österreich-, europa- und weltweit über die Lockerung und Auflösung bestimmter Sicherheitsmaßnahmen. Der Mundschutz beim Einkaufen ist für alle heute noch eine Selbstverständlichkeit, weil es darum geht, andere zu schützen. Insgesamt hat in Österreich eine hohe Disziplin geherrscht, damit die gesundheitlichen Auswirkungen so gering wie möglich gehalten werden konnten.

Erst in einem Jahr wird rückblickend betrachtet und verglichen werden können, was wirklich passiert ist und wie die Maßnahmen gewirkt haben. Ich möchte heute – genauso wie im letzten Gemeinderat – davor warnen unterschiedliche Zugänge im Bereich einer Pandemie oder einer gesundheitlichen Krise zu haben.

Was hat diese Einführung jetzt mit dem Antrag zu tun? Jetzt am Ende der ganz scharfen Maßnahmen haben wir eine Situation, dass sich gerade im Bereich der Jugend die Arbeitslosigkeit explosionsartig entwickelte. Es dürften etwa 550.000 bis 600.000 Menschen in Österreich arbeitslos sein, ca. 1,3 Mio. Menschen befinden sich in Kurzarbeit. Viele Menschen werden aus der Kurzarbeit in die Arbeitslosigkeit übergehen. Unter den verschiedenen Gruppen am Arbeitsmarkt haben wir unterschiedliche Entwicklungen der Auswirkungen.

Für mich war es ein Alarmsignal als ich versuchte bei den Pflichtschulen und dem Polytechnischen Lehrgang in Wels zu erheben, wie es mit den Zusagen für Praktikumsplätze und Lehrstellen aussieht. Bis dato gibt es von den Betrieben, die in die Schulen gehen und aktiv Werbung für Lehrstellen machen, mündliche und nach dem Zeugnis schriftliche Zusagen. Durchwegs wurden nun die mündlichen Zusagen für die hoffnungsfrohen Jugendlichen für eine Lehrstelle abgesagt. Ich weiß von größeren Betrieben in der Stadt Wels und in der Region, die schon Lehrstellen sistieren und mündliche Zusagen zurücknehmen. Der Verein zur Förderung der Lehrausbildung hat eine Befragung durchgeführt. Es muss von 10.000 weniger Lehrstellen als im Vorjahr ausgegangen werden, wobei viele Betriebe noch nicht abschätzen können, wie sich das letztendlich auswirken wird. Das heißt, wir steuern einer beschäftigungspolitischen Katastrophe im Bereich der Jugendbeschäftigung zu, weil das Besondere an der Jugendarbeitslosigkeit ist, dass es gerade an der Schwelle in den Berufseinstieg und die Berufsausbildung fatal ist, wenn ein Jugendlicher den Anschluss an den Arbeitsmarkt bzw. am Ausbildungsmarkt nicht schafft.

Einige Jahre arbeitslos zu sein in diesem Alter heißt sehr oft, dass wir riesige Summen an Reparaturmaßnahmen, große Auswirkungen im Bereich des Sozialsystems finanzieren müssen. Deshalb ist es für alle ganz klar, dass die Jugendarbeitslosigkeit sehr große Folgen hat für die Gesellschaft und die Jugendlichen, die individuell mitgeteilt bekommen am Arbeitsplatz nicht gebraucht zu werden und keine Zukunft für sie zu haben.

Um genau das geht es, wenn die SPÖ-Fraktion heute vorschlägt, dass wir das Netzwerk gegen Jugendarbeitslosigkeit aktivieren. Ein hervorragend eingeführtes System, an dem viele Betriebe und Institutionen teilgenommen haben. Dieses Instrument ist etwas eingeschlafen und gehört reaktiviert. Dann haben wir sofort ein wirkungsvolles Instrument, wo wir uns bis auf den einzelnen Ausbildungs- und Lehrplatz ansehen können, wie denn das Angebot in der Stadt sein wird. Eventuell können wir gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice, den Erwachsenenbildungseinrichtungen und mit der

Wirtschafts- und Arbeiterkammer Programme entwickeln, um den Jugendlichen in der Region Wels eine echte Zukunftschance zu geben.

Es gibt mittlerweile schon den Begriff der „verlorenen Corona-Generation“. Wir steuern - wenn wir nicht aufpassen - einer Situation zu, die in vielen Bereichen sehr negative Auswirkungen haben könnte. Es freut mich, GR. Stefan Haböck teilt das von mir eben Gesagte und postet es in den sozialen Medien, dass die Arbeitslosigkeit am stärksten bei den Jungen steigt und die Politik sich der jungen Generation annehmen muss, ansonsten drohe ein starker Generationenkonflikt. Die Veränderung der Arbeitslosigkeit von Februar bis April 2020 ist bei den jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr am gravierendsten ausgefallen. Das ist auch der geposteten Statistik zu entnehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es wurde heute schon vom Schulterchluss gesprochen. Ich glaube, dass die Menschen an der Schwelle zur Berufsausbildung unsere Solidarität brauchen, deshalb beschließen sie bitte mit uns gemeinsam diesen Antrag, damit wir sofort ans Werk gehen können, damit so viele Jugendliche wie möglich die Chance haben am Ausbildungsmarkt ihren Berufseinstieg zu realisieren.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz Vzbgm. Kroiß.

GR. Wiesinger: So wie bei der Wirtschaftsförderung sind sich hier alle Fraktionen einig, dass Jugendarbeitslosigkeit eines der wichtigsten Themen ist und dem gilt es auch entgegenzusetzen. Nicht nur dem GR. Stefan Haböck oder dir, sondern allen Gemeinderäten ist es ein Anliegen. Ich denke, die Finanzkrise 2008 ist nicht ganz vergleichbar mit der jetzigen Situation. Da das Netzwerk gegen die Jugendarbeitslosigkeit eingeschlafen ist, müssen wir noch abwarten, weil es noch eine weitere Studie von der Wirtschaftskammer gibt. Ich weiß selbst von Unternehmen, die erst diese Woche wieder mit der Führung von Lehrlingsgesprächen begonnen haben.

Es hat durch die Corona-Pandemie keinen Betrieb und in den Betrieben keine persönliche Vorsprachen gegeben. Deswegen sollten wir hier noch etwas abwarten, uns dann gemeinsam an einen Tisch setzen und uns Projekte und Initiativen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit überlegen.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den Präsidialausschuss zur Beratung und Diskussion zu verweisen, damit wir Zeit gewinnen, die Erfahrungen der Wirtschaftskammer einbeziehen und die Rückmeldungen der Unternehmer, was sie tatsächlich wollen und brauchen, berücksichtigen können.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den Präsidialausschuss zur Beratung und Diskussion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Einrichtung und Finanzierung einer kostenlosen Nachhilfe
für Schulanfänger und Pflichtschüler während der Sommermonate
Verf-015-I-11-2020

GR. Mag. Schindler: In diesem letzten Tagesordnungspunkt stellt die SPÖ-Fraktion den Antrag auf Einrichtung einer kostenlosen Nachhilfe während der Sommermonate für jene Welser Schulanfängerinnen aus den Welser Kindergärten und Pflichtschülern, die dringend Unterstützung in Bildungsangelegenheiten benötigen.

In den letzten Wochen des Lockdowns haben sich die Stärken und Schwächen des österreichischen Bildungssystems ganz klar gezeigt. Sehr viele Schülerinnen, Eltern aber auch Pädagoginnen haben die Situation mit viel Engagement und Kreativität gemeistert. Es hat sich gezeigt, dass e-learning – sofern denn der technische Zugang dazu gegeben ist – ein durchaus gut umsetzbares Instrumentarium für unseren Bildungsbereich darstellt. Aber es hat auch die Defizite unseres Systems aufgezeigt. Vor allem hat es auch gezeigt, dass unsere Kinder sich zur Zeit nicht auf das Prinzip der Chancengleichheit berufen können. Wenn ca. 1/5 der Schüler von den Pädagogen nicht erreicht werden konnten bzw. den vorgegebenen Lernstoff aufgrund der technischen Gegebenheiten oder fehlenden Unterstützung aus den Familien nicht er- und abarbeiten konnten, ist dies ein deutliches Signal dafür, dass die Bildungsschere in unserem Land durch die Corona-Krise nochmals aufgeht.

Seit letzter Woche sind viele Pflichtschüler und Schulanfänger in den Kindergärten wieder bei den Pädagogen und wir werden bald sehen können wie viele Kinder durch die Corona-Krise bildungstechnisch noch weiter abgehängt wurden. Erste Hinweise darauf liefert eine Studie des Instituts für höhere Studien, bei welcher ca. 5.000 Lehrer befragt wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass rund 12 % der Kinder alleine bei den befragten Lehrern (nicht österreichweit) schwer oder gar nicht erreichbar waren. Wird diese Zahl auf Kinder aus sozial schwachen Familien bzw. mit Sprachproblemen umgelegt, dann steigt dieser Wert drei Mal so hoch auf 36 %. Weiters wird angegeben, dass 2/3 der Kinder mit Homeschooling sehr stark belastet oder auch überfordert waren. 1/3 der Kinder hatte mit den Rahmenbedingungen und der technischen Ausstattung zu kämpfen.

Hat das Homeschooling insgesamt negative Auswirkungen auf das Kompetenzniveau? Ja, denn die Quote liegt hier bei 40 % der abgegebenen Antworten. Bei Kindern mit Sprachproblemen oder sozial schwachen Familien liegt dieser Wert sogar bei 76 %. Als logische Konsequenz daraus geben 80 % der befragten Pädagogen an, dass die Kluft zwischen guten und schlechten Schülerinnen während des Lockdowns weiter gewachsen ist.

Laut der Studie Review Arbeitsplatz 2020 wird für Stadt Wels eine überdurchschnittliche hohe Needs-Quote ausgewiesen. Diese Zahl bezieht sich auf Personen, die weder im Beschäftigungs- noch im Ausbildungssystem integriert sind. Für die Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen mit Pflichtschulanteil lag diese bei 32,2 %. Im Vergleich dazu lag Oberösterreich insgesamt bei 18 %. Es ist deutlich ersichtlich, dass die Stadt Wels bereits vor der Corona-Krise viele Bildungsverlierer und Vermittlungsverlierer mit einem hohen Risiko für Arbeitslosigkeit und ein Leben als Sozialfall hatte.

Ich möchte mir nicht vorstellen, wie sich diese Quote in 10 Jahren verändert – sie wahrscheinlich auch nicht. Selbstverständlich ist es nicht in der unmittelbaren Verantwortung der Stadt Wels, um die Systemschwächen, die sich gerade während des Lockdowns gezeigt haben, auszugleichen. Aber genau wie es für die Stadt Wels ein Anliegen ist, Wirtschaftstreibende mit zusätzlichen Förderungen bei der Abfederung der Krise zu unterstützen, sollten wir auch bei den Welser Kindern bzw. deren Familien Verantwortung übernehmen und auch ihnen helfen die Auswirkungen der Krise - so gut es geht – abzuschwächen. Deshalb muss es uns ein Anliegen sein, hier rasch Unterstützung für die Kinder anzubieten, die diese auch dringend benötigen, denn auch das ist unsere Verantwortung für die nächste Generation: Chancenfairness und Soforthilfe auch bei Kindern!

GR. Scheinecker, BA: Ich wollte mich schon zum vorherigen Punkt zu Wort zu melden, weil in der Rede zum Rechnungsabschluss war zu hören, dass man eben nicht jeden alles gratis geben kann. Es wurde auch über die Zuständigkeiten der Stadt gesprochen und unser Bildungssystem ist per se nicht Zuständigkeit der Stadt Wels. Das ist jeden von uns hier bewusst. Aber wir haben Mechanismen, eine Verantwortung für die Welser und die heute schon gelobte Kreativität bei der Welser Wirtschaftsförderung. Die Kreativität brauchten wir, weil per se diese Art der Wirtschaftsförderung in der Coronazeit gar nicht unserer Zuständigkeit gewesen wäre.

In Folge dessen haben wir uns einen sehr kreativen Zugang ausgedacht, um tatsächlich Soforthilfe leisten zu können. Diesen kann ich tatsächlich unterstützen und dasselbe Engagement sollten wir auch dorthin bringen, wo es um zukünftige Generationen geht. Beim ersten Dringlichkeitsantrag brauchten wir zur Zustimmung nicht viele Wortmeldungen, bei diesem steht auch ein ganzheitliches Konzept dahinter. Es geht darum die jungen Menschen jetzt nicht im Stich zu lassen und zu schauen, welche Unterstützung wir ihnen jetzt anbieten können.

Mit diesem Antrag möchten wir die Sommermonate nutzen, um die Schülerinnen bestmöglich abzuholen und eventuelle Defizite auszugleichen. Gemeinsam können wir die Möglichkeit nutzen, um als Stadt alles zu tun, was uns irgendwie möglich erscheint.

Wir reden vom Investieren, vom Rückgang der Ertragsanteile, vom Hineinschlittern der Corona-Krise in eine Wirtschaftskrise, und dass wir möglicherweise mit mehr Schulden umgehen müssen. Genau diese jungen Menschen, die jetzt möglicherweise unter Homeschooling gelitten haben, keine Lehrstellen bekommen und die möglicherweise von der Corona-Krise als erste direkt betroffenen sein werden. Diese bezahlen die Schulden, die wir jetzt aufnehmen, um eine Wirtschaftskrise abzuwenden. Insofern wäre es nur gerecht, diese bestmöglich fit zu machen in der Zukunft, damit diese die Schulden mit qualifizierten Jobs, mit einer Bildung, die sie befähigen überhaupt irgendwann etwas zurückzuzahlen, auszustatten. Ich hoffe auf rege Diskussion und Unterstützung.

Vzbgm. Kroiß: Sie haben Recht, leider! Es gibt immer Schüler, die nicht in der Schule und auch nicht bei den Pädagogen ankommen. Diese Schüler hat es natürlich auch schon vor Corona gegeben. Daher haben wir im Rahmen des Ferienprogrammes die Schulstartwochen initiiert. Hier werden zwei Wochen vor Schulbeginn Schüler eingeladen wieder in die Schule zu kommen, um drei Stunden pro Tag für zwei Wochen den Unterrichtsstoff des vergangenen Jahres - so gut es geht - durchzugehen. Dafür sind 25

Euro zu bezahlen. Das heißt, eine Unterrichtseinheit kostet nicht einmal einen Euro – ein moderater, gerechtfertigter Preis.

Dieses Angebot wird sehr gut angenommen und kann im Bedarfsfall aufgestockt werden. Zusätzlich wird von der Kinder- und Jugendhilfe Eltern, die sich eine Nachhilfe nicht leisten können, finanzielle Unterstützung gewährt. Eine genaue Summe kann ich anhand der Kürze nicht nennen. Außerdem gibt es professionelle Nachhilfeinstitute, die allerdings teurer sind. Wir sollten deshalb vorerst klären, ob wir zusätzliche Anbieter brauchen oder ob das Angebot der Stadt Wels so weit ausgebaut wird, dass damit das Auslangen gefunden werden kann. Diese Zahlen müssen wir vorerst erheben, bevor wir sagen, wir bieten Nachhilfeunterricht gratis wieder für alle an.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Kroiß auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

34 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

GR. Dr. Csar hat die Sitzung bereits verlassen.

Der Bürgermeister dankt den Anwesenden für die rege Teilnahme und Diskussion und erklärt anschließend diese Sitzung des Gemeinderates für beendet.

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 14.09.2020 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.